

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 M., monat 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Verbands- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 4. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Dreyfus-Jahr.

Paris, 1. Januar 1899.

Ueber das verflozene Jahr in Frankreich Rückschau halten heißt in erster Linie von der Dreyfus-Affäre sprechen, die ja alle anderen öffentlichen Vorgänge theils veranlaßte oder beeinflusste, theils überschattete, in den Hintergrund drängte.

Auf den ersten Blick ein dunkler Rechtsfall, wie er überall bei der Fehlerbarkeit der Menschennatur und ganz besonders der veralteten, fehlerhaft organisierten französischen Militärjustiz vorkommen kann, hat sich die Dreyfus-Sache trotzdem zu einer schweren nationalen Krise angewachsen. Man weiß jetzt, warum.

Die Wiederherstellung des Rechts war — und bleibt noch — eine Gefahr für einige hochgestellte militärische Persönlichkeiten. Der fastenmäßige militärische Korpsgeist veranlaßte die ganze Hocharmee, sich mit den gefährdeten Persönlichkeiten solidarisch zu erklären. Die vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes verkehrte, aber gerade deshalb unter dem militärischen Gesichtspunkt unanfechtbare Auffassung von der „Armee-Ehre“ verlangte die Rettung der ehelosen, ja sogar der verbrecherischen Militärs. Bei dieser Rettungs- und Vertuschungsarbeit kam den Militärs zu statten die eingewurzelte „patriotische“ Anbetung der Armee und andererseits das sehr reelle Interesse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung des Prestige ihrer Leibgarde. Die chauvinistische Verblendung der Masse sicherte der Hocharmee eine günstige Operationsbasis — die passive Unterstützung seitens der Parteien, die sonst nicht gerade auf die militärische Unfehlbarkeit schwören; die Bourgeoisparteien aber, einschließlich der regierungsfähigen Radikalen, sanken mehr oder minder freiwillig zu aktiven Werkzeugen des Militärklingels herab. Die gewerbmäßigen Chauvinisten aller Schattierungen, die Antisemiten und die mit der Hocharmee durch tausenderlei persönliche verwandtschaftliche und gesellschaftliche Fäden verknüpften Merikal-Monarchisten — all diese Elemente bildeten die struppellose Vorposten im Kampfe gegen die Grundlinien des Rechtsstaates, indem sie zugleich für ihre Sonderinteressen einen Extragewinnt herauszuschlagen suchten und das mitunter immerhin zögernde Gros der republikanischen Parteien forschleppten.

So kam es, daß alle Machtmittel des Staates und der ganze politische und soziale Einfluß der herrschenden Klassen in den Dienst einer kleinen verbrecherischen Clique gestellt wurden. Der in diesem Verhältniß verborgene Konflikt zwischen der Zivilgewalt, der offiziellen Basisgrundlage der französischen Republik, und der Militärgewalt, mußte offen an den Tag treten, sobald der Widerstand der anfänglich kleinen Schaar der Kämpfer ums Recht und der Zwang der Ereignisse die Regierung genöthigt hatte, wenigstens von den des Verbrechens überführten Angehörigen des Militärklingels die schützende Hand zu nehmen.

Nach einem langen, harten Kampfe, den zunächst eine kleine ideologische Minderheit außerhalb des Rahmens der Parteien und gegen den Willen der Parteien führte, — trotz der einstimmigen oder nahezu einstimmigen „Brandmarkungen“, Voten der feigen Deputiertenkammer, trotz der Urtheilsprüche der disziplinären gehorchenden Militärtribüne und der terrorisirten Geschworenen, trotz der großen und kleinen militärischen Pronunziamento-Sundgebungen, der an Bürgerkriegszeiten erinnernden verleumdnerischen Hatz der freiwilligen und bezahlten Reptilpresse des Generalstabes, und endlich trotz der Feindseligkeit oder der steinernen Gleichgültigkeit der großen Masse, — nach einem langen Kampfe, in welchem die schlimmsten wie die besten Elemente der Menschennatur mit konzentrierter Kraft aufeinander prallten, — hat sich zuletzt eine Regierung oder genauer ein Ministerpräsident, Brisson, gefunden, der es über sich gewann, der Stimme seines Gewissens, der Stimme des von der kleinen Minderheit vertretenen öffentlichen Gewissens zu folgen und die Einleitung der Dreyfus-Revision durchzuführen.

Doch damit ist lediglich die Lösung des juristischen Einzel-falles angebahnt. Wie wenig die politische Kernfrage der Affäre, die Stellung der Militärgewalt, dadurch berührt war, zeigen die wichtigsten Zwischenfälle des Kampfes nach dem Revisionsbeschlusse. Es sei insbesondere daran erinnert, daß der nach der Enttarnung Henry's recht eigentlich selbstverständliche Revisionsbeschlusse von zwei Kriegsministern, den Generälen Zurlinden und Chanoine, mit ebenso wortbrüchigen wie rebellischen Pronunziamento-Demissionen beantwortet wurde, daß dem ersten Schritt zur Wiederherstellung des Rechts im Dreyfus-Fall die Vorbereitung eines neuen militärischen Justiz-verbrechens an Picquart folgte, daß die Kammer mit patriotischer Begeisterung und der Senat mit patriotischer Zerknirschung Picquart den militärischen Scharfrichtern auszuliefern bereit waren, daß schließlich der Generalstab durch den Ministerpräsidenten Dupuy und den Kriegsminister Freycinet der Kammer seinen Willen in Bezug auf die aller-geheimsten Fälschungen aufzwingen konnte.

Also auch der Umschwung der öffentlichen Meinung seit der Enttarnung Henry's und die revisionsfreundliche Entscheidung des Kassationshofes haben nicht vermocht, den Widerstand des Generalstabes zu brechen, die Regierung und das Parlament aus dem Joche der militärischen Oligarchie zu befreien.

Man kann eben keinen wider seinen Willen befreien. Und auch die übrigens verspätete Selbstbefreiung des gesinnungstüchtigen, sonst ausschlaggebenden Theiles der öffentlichen Meinung gilt, genau gesehen, ausschließlich den juristischen Einzelsfällen Dreyfus und Picquart. Die gesinnungstüchtigen Revisionsfreunde lauten den prinzipiellen antimilitaristischen Angriffen gegenüber bis zum Ueberdruß das Lieblingswort wieder, der Patriotismus verlange in gleicher Weise die Achtung der Armee und der Gerechtigkeit oder die Versöhnung zwischen Armee und Gerechtigkeit; so ward die ganze Streitfrage verschoben, oder genauer: die Sonderstellung der „Armee“, lies: der berufsmäßigen Militärs, anerkannt. Die Gerechtigkeit hat sich ebensowenig mit der „Armee“ zu versöhnen, wie mit einer beliebigen anderen Beamtenkörperschaft, innerhalb deren Fälscher, Meineidige und des Gewaltmißbrauchs Schuldige erwischt wären. Die Gerechtigkeit hat einfach ihres Amtes zu walten, ohne erst Büdinge vor den Verbrechern und deren Beschützern zu machen. Diese einfachen Wahrheiten sind, dank namentlich der schriftstellerischen Propaganda der Jaures, Clemenceau und Gobier dem aufgeweckteren Theil des demokratischen Publikums einigermassen geläufig geworden. Das ist, nebenbei gesagt, ein nicht zu unterschätzendes ausflüßendes Ergebnis der Dreyfus-Kampagne. Aber die ausschlaggebenden Mächte hören auf diesem Ohr nicht.

Unter solchen Umständen ist die „Oberhoheit der Zivil-gewalt“ vorerst weiter nichts als eine ministerprogrammatische Phrase. Von deren thatsächlicher Durchführung trennt die französische Republik die ganze Distanz, die zwischen einem militärischen Klassenstaat und einer militärfreien Demokratie liegt. Der Konflikt zwischen Zivil- und Militärgewalt ist höchstens überkleistert. Dessen Ursachen sind nicht beseitigt. Die bösen Krankheitsstoffe, die im Dreyfus-Geschwür zum Vorschein kamen — wie andere Krankheitsstoffe früher im Boulangerismus — und im Panama-Geschwür — müssen ihre zerstörende Wirkung weiter ausüben, trotz der zu erwartenden rechtlichen Entscheidungen des Kassationshofes in den Fällen Dreyfus und Picquart.

Die wichtigste Thatsache des Jahres auf allgemeinpölitischem Gebiete sind die Kammerwahlen. Es ist indess unmöglich, an dem Wahlergebniß die reinen zwischenparteilichen Verschiebungen von den durch die Dreyfus-Affäre hervorgerufenen Verschiebungen zu sondern. Auch die Thätigkeit der neuen Kammer hat in dieser Beziehung keine Klarheit gebracht, da die Dreyfus-Affäre bei allen wichtigen Kraftproben zwischen den Parteien den Ausschlag gab.

So unterlag gleich beim Zusammentritt der neuen Kammer der radikale Kammerpräsident Brisson dem Ordnungskandidaten Deschanel, weil dieser dem in allen politischen Farben schillernden nationalantidemokratischen Sammelsurium gegen den „Dreyfusismus“ — übrigens mit Recht — gefeierter erschien als der alte Republikaner Brisson. Aber zwei Wochen darauf wurde das Ordnungsministerium Meline gestürzt und an seine Stelle trat ein wenigstens der persönlichen Zusammenfügung nach radikales Kabinet mit dem eben vom Kammerpräsidium gestürzten Brisson an der Spitze. Die neue Kammer hatte also keine Ordnungsmajorität mehr? Aber das Kabinet Brisson war eine Ferienregierung, es sah die Kammer nur zwei Wochen lang vor den Sommerferien und gleich in der ersten Kammer-sitzung nach den Ferien (am 25. Oktober) wurde es gestürzt.

Diese selbst für die verworrenen französischen Partei-verhältnisse allzu unvermittelten Widersprüche erklären sich eben aus der Dreyfus-Affäre. Die erste große Vertrauensmehrheit Brisson's galt seinem Kriegsminister Cavaignac, dem schon in der alten Kammer Meline und General Villot nicht überzeugend genug im Interesse des Generalstabes gelogen hatten. Diese Mehrheit wuchs folgerichtig zur hochpatriotischen Einkimmigkeit an in der denkwürdigen Sitzung vom 7. Juli, da Cavaignac's Rede wegen der in ihr enthaltenen Fälschungen Henry's — der „unwiderleglichen“ Schuldweise gegen Dreyfus — einstimmig mit dem öffentlichen Anschlage beehrt wurde. Die Mißtrauensmehrheit gegen Brisson war die Strafe für die Einleitung der Dreyfus-Revision und setzte sich zusammen aus den Meline'schen Ordnungsparteikern und den chauvinistisch-antisemitischen Generalstabsoffizieren.

Wie dem auch sei, der Beweis für die Lebensunfähigkeit eines homogenen (einer Partei angehörenden) Ministeriums war erbracht. Es mußte zum abgebrauchten, aber in jeder nationalen Krise immer wieder hervorgeholten Mittel der „Konzentration“ gegriffen werden. Man taufte diesmal das unappetitliche Ding „Versöhnung“ — und so entstand das gemischte Kabinet Dupuy. Der Bund der Radikalen und der Bourgeoisrepublikaner ist nun zwar das Gegentheil der Meline'schen Ordnungskoalition der Bourgeoisrepublikaner und Merikal-Monarchisten. Gewiß — so lange er eben anhält und insofern er ausnahmsweise den ehrlichen Willen be-thätigt, den er immer auf seine Fahne geschrieben und nie in die That umgesetzt hatte. Es muß gleich hinzugefügt werden, daß die Person Dupuy's am wenigsten geeignet ist, Vertrauen zu erwecken. Der Regierungsmann hat schon so viele verschiedenartige Ministerprogramme von sich gegeben, daß er nicht mehr recht wissen kann, zu welchem Programm er eigentlich treu zu stehen hat.

Die gesetzgeberische Thätigkeit hat ebenfalls den Einfluß der Dreyfus-Affäre zu spüren bekommen. Neben der Erledigung der fortlaufenden Geschäfte ist wegen der

Dreyfus-Debatten keine Zeit für die Verathung wichtigerer Gesetze übrig geblieben. Selbst das Budget für 1899, das normaler Weise bis zum 31. Dezember des verflozenen Jahres hätte votirt sein sollen, ist noch nicht einmal vor die Kammer gelangt. Bisher war die „außerordentliche“ Herbstsession wenigstens theilweise in der Regel einem Theil der Budgetverathung gewidmet. . . . Demnach kann von sozialpolitischen Gesetzen, die ja stets in der hintersten Reihe stehen, keine Rede sein. Das von der Kammer votirte keine Gesetz zum Schutze des Arbeitslohnes gegen Ruhen und Trugsystem harrt noch auf den bösen Willen des Senats.

Für die sozialistische Partei war das verflozene Jahr nicht so günstig, wie es unter normalen Bedingungen hätte sein müssen. Die Finanzprognose des öffentlichen Interesses durch die Dreyfus-Affäre hat dem normalen Wachstum des sozialistischen Einflusses Abbruch gethan. Das gilt namentlich für die Kammerwahlen. Während die bürgerlichen Parteien um die Wette die chauvinistische Demagogie mit-machten, während insbesondere die Radikalen manche Erfolge der struppellosen Ausnutzung des Dreyfus-Wantraws zu verdanken hatten, waren die Sozialisten die einzige Partei, gegen welche sich die chauvinistische Hatz direkt oder indirekt richtete. Auch die bekannte reservirte Haltung der Gesammtpartei als solcher in der Dreyfus-Frage hat keine merkliche ablenkende Wirkung ausgeübt. Unter solchen Bedingungen erscheinen die erzielten Wahlerfolge — Anwachsen der Stimmen von 440 000 auf 840 000 und der Mandate von 32 auf 38 — als befriedigend, trotz der für die Partei sehr empfindlichen Nicht-Wiederwahl von Jaures und Guesde.

Andererseits haben die Erfahrungen der letzten Wahlen die Einigungsbestrebungen gestärkt. Trotz der anfänglichen Meinungsverschiedenheiten der leitenden Persönlichkeiten in der Dreyfus-Frage ist es gelungen, am Schluß des Jahres ein ständiges „Annäherungskomitee“ aus den Vertretern der verschiedenen Organisationen zu schaffen. Das ist noch nicht die Einigung, geschweige denn organisatorische Verschmelzung, wohl aber ein werthvoller Schritt dazu.

Nicht minder stützend muß für die Partei der Umstand werden, daß sie endgiltig den chauvinistischen Schweiß der Rochefort'schen Antisozialisten abgeschüttelt hat.

Die Gewerkschaftsbewegung hat den Massenstreik der Pariser Erdarbeiter und Bauarbeiter zu verfolgen. Eine so ausgedehnte Streikbewegung hatte Frankreich noch nicht gesehen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung wurde die Zahl der Streikenden auf 50 000 geschätzt. Eine wahrhaft großartige Bethätigung der Solidarität in Verknüpfung mit der Idee des Generalstreiks, eine musterhafte Disziplin und eine mangelhafte Organisation — das die hervor-tretendsten Züge der Bewegung, die ihre Ausbreitung und ihren Ausgange bestimmt haben. Einen Erfolg haben nur die 15 000 Erdarbeiter erzielt, unter der energischen Mitwirkung des sozialistischen Vorsitzenden des Gemeinderathes. Die Gewerkschaftler betrachten jedoch im allgemeinen die Bewegung als einen gelungenen Mobilisationsversuch, der für die Zukunft auch praktische Erfolge im Sinne des Generalstreiks verspreche.

Ein besonders peinlicher Zwischenfall der Streikbewegung, der auch ihr Ende beschleunigt hat, war die gänzlich mißlungene Generalstreik-Erklärung des Vorstandes der Eisenbahner-Gewerkschaft.

Die „Sicherheitsmaßregeln“ des Kabinetes Brisson, die militärische Besetzung der Hauptstadt und dann — am Tage der Erklärung des Eisenbahnerstreiks — aller größeren Bahnhöfe im ganzen Lande, sowie die Beschlagnahme der Korrespondenz des Eisenbahner-Vorstandes haben dem Proletariat wieder einmal die anschauliche Lehre gegeben, daß eine radikale Regierung ebenso brutal die Staatsmacht im Interesse des Unternehmertums handhabt, wie eine ungeheuchelte Bourgeoisregierung. Das Pariser Proletariat hat bei der Gelegenheit seine Reife gezeigt, indem es die von Brisson persönlich allerdings nicht beachtete, aber thatsächlich nichtbedeutender vorliegende und dem Generalstab in der damaligen Situation höchst erwünschte Provokation mit verächtlichem Achselzucken behandelte.

In der auswärtigen Lage Frankreichs hat das Jahr eine offenkundige und eine vorläufig latent bleibende Veränderung gebracht. Offenkundig ist die Spannung in den Beziehungen zu England infolge der Fashoda-Angelegenheit. So lange dieses und andere koloniale Streitpunkte zwischen den beiden Staaten nicht endgiltig zur beiderseitigen Befriedigung geschlichtet sind, wird die französische Diplomatie England als einen mindestens unfreundlichen Faktor in ihre Verrechnungen zu stellen haben. Das muß auf die internationale Lage des Landes desto stärker drücken, als die russische Allianz hier in immer weiteren Kreisen mit wachsendem Mißtrauen betrachtet wird. Dies die latente Veränderung. Der Ausgang des Fashoda-Streites hat ganz allgemein den Glauben an die Zuverlässigkeit und Wirksamkeit der Allianz vernichtet, nachdem schon der Abrüstungsvorschlag des Jaren böses Blut gemacht hatte. 1896 — Jarenbesuch in Frankreich — Allianzbegeisterung auf dem Höhepunkt; 1897 — Jaures's Gegenbesuch in Petersburg und die Allianz-Toaste — die Begeisterung ist trotzdem sichtlich erkalte, denn inzwischen hatte Frankreich dem Jaren zu lieb die bekannte unrühmliche Rolle im Orient spielen müssen; 1898 — keine Verbrüderungsfeste, ein stiller und kühler Besuch

des Grafen Kurawjew am Quai d'Orsay — die Begreifung füllt unter den Gefrierpunkt. Der deutlichste objektive Beweis dafür ist die Ersetzung des bis dahin „unerzähllichen“ Alanzmannes und blinden Werkzeuges der zarischen Diplomatie, Hanotaug, im Ministerium des Auswärtigen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Januar.

Die Köller'sche Schreckenspolitik wird unvermindert und ungemindert fortgeführt. Aus Gaderleben wird uns berichtet, daß wiederum 24 Personen, Handwerker, Gesellen, Kommiss, Lehrlinge, Knechte, Knechte, deren Dienstherrn an einer Versammlung des dänischen Kommunalvereins theilgenommen hatten, in der der Abgeordnete Hansen-Apenrade über die Ausweisungen gesprochen, auf das Polizei-Amt beschieden worden sind. Es wurde ihnen mitgetheilt, daß sie ausgewiesen werden sollen, daß sie jedoch der Ausweisung entgegen traten, wenn sie in den Dienst Deutscher träten.

Daß diese schmachvolle Politik, gänzlich unschuldige Personen außer Landes zu jagen, ihren Zweck völlig verfehlt, zeigt die Thatsache, daß der dänisch-protestantische Verein in Gaderleben in der jüngsten Zeit von 300 auf 400 Mitglieder angewachsen ist. Und da schlägt die „Kreuz-Zeitung“ davon, die kraftvolle Politik des Herrn v. Köller wirke „beruhigend“.

Religiöse Kontrollversammlungen.

Vom Rheine erhält die „Kreuz-Zeitung“ eine Betrachtung über sozialdemokratischen Terrorismus, die erbaulich genug zu lesen ist, um im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Es ist in letzter Zeit vielfach auf den von den Sozialdemokraten ausgeübten Terrorismus hingewiesen worden. An Gelegenheit kann es dazu nicht fehlen. Ich will gleich selbst noch ein Beispiel liefern, indessen vorweg darauf aufmerksam machen, daß der Terrorismus naturgemäß das einzige Band sein kann, welches die sozialdemokratische Gesellschaft zusammenhält. Ein Gebäude, das kein sittliches Fundament hat, muß — wie ein Bett — gewaltsam von der Seite festgehalten werden.

Die Herren Sozialdemokraten würden ja zur Befestigung ihrer Herrschaft ganz gerne auch sittliche Bande verwenden. Wie schön wäre es, ihre Leute zu vereidigen; sie zur Treue zu ermahnen — wenn nur die Treue eine Macht über diese Gemüther hätte; ihnen himmlischen Lohn in Aussicht zu stellen — wenn sie nur an einen Himmel glaubten!

Wo das nicht alles nicht! Nur die Furcht giebt, und deshalb muß die Furcht zur Furcht erzogen werden. Nicht genug, daß jeder „hinanfliegt“, der nicht parirt — damit ist es ja nicht gethan — er muß noch mit allem, was zu ihm gehört, nach Möglichkeit geschädigt, ja vernichtet werden. So allein hält die Furcht die Abtrünnigen noch zusammen.

Daß aber die Sozialdemokratie von der Gesellschaft, ja vom Staate selbst verlangt, sie in der Ausübung ihres Terrorismus nicht zu hindern, ist eigentlich unbegreiflich.

Die bürgerliche Gesellschaft sieht mit ungläublicher Gleichgültigkeit zur Seite und sieht gleichsam neugierig zu, wie für sie ein Galgen gebaut wird, den die Verurtheilten noch für einen Ausfluchtspunkt ausgeben. Ja, die Banleute müßten denken, die daran hängen sollen, zu mit Hand anzulegen!

Ein noch das in Aussicht gestellte Beispiel, welches merkwürdigerweise noch nie berührt ist. Hat man nicht schon vor den sonntäglichen Gottesdiensten die Lauerposten bemerkt, welche an den Straßenecken in der Nähe der Kirchen aufpassen, ob sich vielleicht ein Genosse oder eine Genossin erdreistet, einem Drange des Herzens, der Stimme des Gewissens, dem Rufe der Gloden zu folgen? Welcher Artende Gehn wird nicht auf den unglücklichen ausgeschüttet werden, bis er Abbitte thut und Besserung in dieser „Privatsache“ gelobt.

Aber ist dagegen keine Hilfe? Könnten nicht Arbeitergottesdienste zu geeigneter Zeit eingerichtet werden? Sie würden bald herbeiströmen und die Lauerposten würden wohl die Lust verlieren.

Der Rheinländer der „Kreuz-Zeitung“ hat nicht die ganze schreckliche Wahrheit enthüllt. Er hat nicht erklärt, warum das Einzige, das die Sozialdemokratie zusammenhält, die Furcht, eine so furchtbare Wirkung auf ein paar Millionen ausgewachsener Menschen ausübt. Der Rheinländer kennt eben unsere Geheimstatuten nicht, die das Räthsel lösen. Das schreckliche Mittel, das die Massen zusammenhält, besteht darin, daß jeder, der nicht parirt, bei Lebensgefahr zu der entsetzlichen Zwangsarbeit verurtheilt wird — die „Kreuz-Zeitung“ zu lesen.

Benso trifft die Galgen-Erzählung nicht die volle Wahrheit. So unmodern sind wir nicht, derlei mittelalterliche Instrumente zu bauen. Wir stellen vielmehr in Willkür von Exemplaren winzig kleine, aber um so gefährlichere Höllenmaschinen her in fünf- und zwanzig verschiedenen Sorten — lauter tödtlich verzerrte Kleinwesen — und unter der falschen, harmlosen Deklaration: Buchstaben gelingt es uns sogar, die Höllenmaschinen in geweihte Traktatchen-Druckereien zu schmuggeln.

Mit den sonntäglichen Kirchenlauer-Posten hat es seine Nichtigkeit. Aber wir gestehen, daß wir keine Freude an dieser Thätigkeit haben. Denn bei der großen, namentlich in den letzten Jahren rapid wachsenden Zahl von Kirchen-eingängen belastet die Nothwendigkeit, die Lauerposten mit anständigen Dienen auszustatten, unsere Parteikasse ganz außerordentlich. Ergänzen wollen wir wieder das terroristische Mittel, durch das wir unseren Erfolg erzielen, enthüllen: Jeder Genosse und jede Genossin, die einmal bei dem Besuch einer Kirche betroffen wird, unterliegt dem Zwang — bei Vermeidung geheimer Einrichtung — hinfort jeder gottesdienstlichen Handlung beizuwohnen. Nicht möglich zu sagen, was für eine Waffe wir in diesem Kirchenbesuchszwang besitzen.

Indessen, weil die Sache, wie gesagt, recht kostspielig für uns ist, so begrüßen wir mit Freuden den am Schluß von dem Rheinländer gemachten urgenten Vorschlag, der geeignet scheint, alle Fäden der Zeit mit einem Schlag zu heilen. Es ist in der That ein imposanter Einfall, die Arbeiter an jedem kirchlichen und patriotischen Feiertag zu einer religiösen Kontrollversammlung einzuberufen. Das nämlich steckt hinter dem Vorschlag besonderer Arbeitergottesdienste. Abgesehen von dem Vortheil, daß auf diese Weise die „besseren“ Stände von der kirchlichen Vermischung mit dem Proletariat bewahrt werden, brauchen wir dann keine Lauerposten mehr aufzustellen, weil dieses Amt von den Unternehmern, Betriebsdirektoren u. s. w. versehen werden wird. Alsdann wird es ja heißen: Antreten zum Gebet — oder Ihr „stiegt“!

Ein Opfer der Märzgefallenen

scheint in der That der immer noch nicht Oberbürgermeister heisende Magistratsrat Kirchner zu sein. Der Ärmste ist immer noch nicht bestattet, obwohl er sich durch das schlechte Wetter

nicht hat abhalten lassen, den Kaiser bei der Heimkehr von Palästina am Brandenburger Thor zu begrüßen. Sehr unwirksam ist über diese überbürgermeisterliche Zeit die „Berl. Zeitung“, die zornvoll fragt:

„Denkt man, daß ein königlicher Kommissar sich nach mancher Richtung doch noch nützlich erweisen könnte? Ja, dann müßte man doch mit der Sprache herausgehen. Herrn Kirchner die Bestätigung glatt verweigern, die Wiederwahl abwarten und dann den passendsten hinterpommerschen Landrath mit der einstweiligen Leitung des Magistrats betrauen. Aber das lange Hinhalten ist doch in jedem Verstande unrichtig. Wir meinen im Einverständnis mit vielen Bürgern, daß Herr Jelle nicht die Märzklämpfer-Angelegenheit und auch nicht die Hilfsarbeiterfrage sein Amt vergrößert und dessen Fortführung unmöglich gemacht hat, sondern daß es sich in die Unmöglichkeit verlegt geistlich, sich weithergehenden Anforderungen von hoher Seite so anzubehagen, daß seine Stellung als Stadthaupt dabei noch einigermaßen gerecht kam. Jetzt tauchen die alten Pläne zur Verhinderung der Geand am Schloße von neuem auf. Man spricht von einer Prachtstraße für 30 Millionen und von der Anlegung einer Rampe vor dem Schloße für die Schlossbewohner. Auf die Stellung der Stadt zu diesen Plänen kommt viel an und der Oberbürgermeister ist insoweit eine besonders gewichtige Persönlichkeit. Hängt das Ausbleiben der Bestätigung etwa mit diesen Dingen zusammen, Herr Minister?“

Das „Berliner Tageblatt“ aber beantwortet die gestellte Frage:

Herr Bürgermeister Kirchner hat sich Beamten gegenüber geäußert, daß die Ursache der Verzögerung seiner Bestätigung wohl in dem Magistratsbeschuß über die Ehrung der Märzgefallenen (die Umfriedigung betreffend. Red. des „Boten“) zu suchen sei. Es geht auch das Gerücht, daß wir mit aller Reserve wiedergeben wollen, Herr Kirchner beabsichtige, im Fall seiner Nichtbestätigung aus dem städtischen Dienste auszuscheiden und in das Direktorium eines großen industriellen Unternehmens einzutreten. Wie dem auch sei, jedenfalls erregt es allgemein das größte Befremden, daß die Bestätigung des Oberbürgermeisters der Nachbarstadt bereits amtlich publizirt ist, während die Wahl in Berlin viel früher erfolgt ist.

Was Alles in unserer Zeit nicht ein Wüthier zu werden vermag! Selbst Herr Kirchner kommt auf diesem Wege in den Verdacht, in seinem Auen-Kämmerstuhl vor Königsthronen zu beherbergen, ohne daß er ihn binnen 24 Stunden, wie es sich gebührt, politisch angemeldet hätte. Aber vielleicht liegt noch ein anderer Grund vor: Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit — es mag im 15. Jahrhundert gewesen sein — damals, als das erste Schloß an den Ufern der Spree gebaut wurde, Berlins Bürgerthron das Gebäude wiederholt eingeweihen haben. Für diese Schuld müssen die Entel nun leiden, die Verluste stehen einmal in dem Verdacht einer gewissen politischen Unzuverlässigkeit, und unser Bürgerthron, das nur noch die Thüren der Schloßes einreißt, um zu dem Strahlenglanz solcher erhabener Stätten elbogen- und bauchgelehrt vordringen zu können, steht traurig da und trägt feuchend die Bürde ungeschänter Schuld ihrer nichtsnutzigen Ahnen. Am Ende befolgt man in dieser Noth den Rath der „Staatsbürger-Zeitung“ und macht den Friedhof der Märzgefallenen einem Paradiesboden gleich. Das wäre wohl die rechte Buße für die alte Piffligkeit, und Herr Kirchner brauchte nicht länger auf seine „ober“ung sehnsüchtig-schmerzvoll zu warten.

Deutsches Reich.

Zentrum und Zuchthausvorlage.

Eine Protestversammlung der katholischen Berliner Arbeitervereine nahm nach Referaten der Reichstags-Abgeordneten Gille und Schmidt-Warburg folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich gegen die in Aussicht gestellte Verhängung von Strafen für sogenannte Streikvergehen. Insbesondere ist die Anwendung der entehrenden Zuchthausstrafe entschieden zurückzuweisen, weil dadurch die Gegenstände unter den Arbeitern verhärtet und eines der wichtigsten Rechte des Volkes, die Koalitionsfreiheit, bedeutungslos würde. Deshalb erwarten die organisierten christlichen Arbeiter von allen Abgeordneten des deutschen Reichstages, welche auf dem Boden der christlichen sozialen Reform stehen, eine entschiedene Ablehnung jeder Beschränkung der bestehenden Rechte des arbeitenden Volkes.

Das ist eine ungewöhnliche Kundgebung gegen den Zuchthauskurs, die dadurch an Werth gewinnt, daß sie unter der Leitung zweier Zentrums-Abgeordneten erfolgt ist. Nimmt die „regierende Partei“ in ihrer Gesamtheit die gleiche Stellung ein, so wird das kaiserliche Versprechen, daß jeder, der zum Streik anreizt, ins Zuchthaus gesperrt werden solle, auf dem Wege der Gesetzgebung nicht zur Erfüllung gelangen. Indessen ist man leider niemals sicher, wie sich das Zentrum im entscheidenden Augenblick verhalten wird, und so darf man in dem Kampfe um Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit nicht nachlassen.

Wo sind die „Ganner“?

Die „Germania“ theilt den Satz aus Kautsky's neuem Buch über die Agrarfrage mit: Die Sozialdemokratie kann den Bauern nicht den Schutz des bäuerlichen Eigentums gewähren, das gerade die Hauptursache der Verelendung der Bauern ist. Aber statt Verelendung“ sagt das Blatt „Verelendung“, wodurch der Sinn des Satzes völlig verflüchtigt wird. Ob hier ein bloßer Druckfehler vorliegt oder eine „Gannerei“, möge unentschieden bleiben. Für absichtsvolle Fälschung spricht der weitere Wortlaut der „Germania“. Bei der letzten Wahl, behauptet dieselbe, hätten die Agitatoren der Sozialdemokratie die Landwirthe dadurch zu fesseln gesucht, daß sie die Grundrechte des Kollektivismus einfach auf den Kopf stellten und vorschlugen wollten, auch im „Zukunftskraut“ könne ansatzweise den Landwirthen das Privateigentum an ihrem Grund und Boden belassen werden, Schutzzölle könnten Plag greifen u. s. Es ist eine Gannerei, welche die Sozialdemokratie mit ihrer Agitation betreibt.

Es ist nicht nur eine Gannerei, sondern auch eine Dummheit, welche das bigotte Blatt des Katholizismus mit diesen Ausführungen produziert.

Unsere Agitatoren haben weder Schutzzölle noch Erhaltung des Privateigentums an Grund und Boden versprochen. Wohl aber haben sie erklärt, daß von einer zwangsweisen Expropriation des Kleinbauernthums keine Rede sein könne, daß vielmehr mit Sicherheit anzunehmen sei, die Kleinbauern, sobald sie die blühende Entwicklung der genossenschaftlichen Großbetriebe der Landwirtschaft vor Augen sehen, würden aus freiem Willen auf ihren Zwergbetrieb verzichten. Diesen selben Gedanken führt gerade auch Kautsky in seinem neuen Buche an.

Die Ganner siedeln anderswo. Ganner sind jene Agitatoren, die den Kleinbauern vorgehalten, es solle ihnen durch allerlei kleine Maßregeln des heutigen kapitalistisch-militaristischen Staates das kleine Eigentum immer einträglicher gemacht, das Leben verbessert werden. Ganner sind jene Leute, die dem kleinen Landmann Hilfe versprechen und dem Großgrundbesitzer allerlei Entgegenkommen erweisen. Ganner sind jene Parteipolitiker, die sich Bauernfreunde nennen und durch Verwägung von Marinervorlagen und Militärbeschlüssen den Bauer immer immer wachsender Steuerlast verschütten!

Das Jubiläum eines Volksrechts. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ erinnern daran, daß der 8. Januar der fünfzigste Jubiläumstag der Schwurgerichte sei. Durch die Verordnung vom 3. Januar 1849, die mit dem 1. April 1849 in Kraft trat, sind in Preußen die Schwurgerichte allgemein eingeführt worden.

Das Organ der Großindustriellen benutzt die Gelegenheit, um einen Vorstoß gegen die Institution der Schwurgerichte zu unter-

nehmen. In der That haben der Schwurgerichte die Erwartungen nicht ganz erfüllt, die man einst auf sie setzte. Aber man darf nicht vergessen, daß sich die gelehrten Gerichte erst recht nicht bewährt haben. Die Ursache liegt in beiden Fällen in dem schroffen Klassencharakter unserer Gerichte. Die jüngsten Richter sind dem Volksbewußtsein völlig entfremdet, und von den Geschworenen sind deren Vertreter des Proletariats sorgfältig ferngehalten. Es handelt sich gar nicht um die Alternative: Gelehrtenrecht oder Laienrecht, sondern vielmehr um den Gegensatz: Gleiches Recht oder tendenziöses Recht.

Herr v. Bülow, Staatssekretär des Auswärtigen, beabsichtigt, wie englische Blätter mittheilen, im Frühjahr London zu besuchen. Es ist anzunehmen, daß der Besuch politische Zwecke verfolgt.

Dumme Musiker. Dumm sein darf ein Privatmann kaum, aber dumme Minister zu haben und Ihre Dummheit nicht zu erkennen, ist das größte Unglück, das einen Fürsten treffen kann. Diese Meinung soll Bismarck in jetzt veröffentlichten Unterhaltungen mit Viktor Dugay zum Westen gegeben haben. Allerdings läßt Bismarck die Sentenz nur für Oesterreich gelten:

„Ankrassly war ein Mensch mit klarem Kopf und warmem Herzen, aber nachher ist es immer mehr vergab gegangen, und wenn es so weiter geht, dann kommen noch Premierminister in Oesterreich zum Vorschein, die so dumm sind, daß sie gar nicht einmal wissen, daß sie dumme sind — armes Oesterreich, ich glaube, deine Tage sind gezählt, und wenn wir es auch nicht mehr erleben werden, daß der große Bruch stattfindet, kommen wird er — vielleicht noch eher, als man glaubt! Wenn in Oesterreich ein neues Ministerium gebildet werden soll, so fällt mir immer das Wort ein, das einst ein oberösterreichischer Landrath an die zur Schulwahl versammelte Gemeinde richtete: „Meine Herren, es ist nicht unbedingt nötig, daß man immer gerade das größte Kindvieh zum Schulzen macht!“

Es giebt also wirklich dumme Minister — wer hat einen so unsfürzlichen Gedanken bisher auch nur zu denken gewagt? Dumme Minister — es klingt wie Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung zusammengekommen. Und dabei sind diese Minister, deren Dummheit Bismarck geradezu als Verfassungsverstoß darstellt, nicht etwa Parlamentsminister, sondern Staatsdiener, die die Weisheit eines Monarchen von Gottes Gnaden erklärt.

Die „Kreuz-Zeitung“ ärgert sich über unseren Neujahr-Artikel.

Das ist ihr gutes Recht und es würde uns sogar leid thun, wenn sie sich nicht ärgerte. Und wahrhaftig, sie hat Grund, sich zu ärgern. Doch wir Caprioli, den Mann ohne Art und Heim, der den Großformwucher der Junkerfröhen nicht mitmachen wollte, für einen besseren Staatsmann halten, als die zwei Ilgermannen Vosadowsky und Bobieleff, das ist schon ein Verbrechen. Daß wir dies politische Handeln des Junkerthums auf „niedere Profiteure“ zurückzuführen, ist ein größeres Verbrechen. Das allergrößte Verbrechen aber ist, daß wir den Rückgang der Junkerpartei gegenüber dem Fortschreiten der Sozialdemokratie feststellten. Wir seien falsche Propheten! lacht die „Kreuz-Zeitung“ zu spotten, und zitiert die bekannte, von dem Urheber selbst längst verlassene Kennerung Buer's über eine irridümlisch Pseudochronologie „Prophezeiung“. Als ob es sich überhaupt um Prophezeiungen handelte und nicht um Thatsachen, greifbare harte Thatsachen. Oder will die „Kreuz-Zeitung“ etwa die Statistik leugnen? Oder kennt sie die Statistik der letzten Reichstagswahlen nicht? Dann möge ihr Herr Chefredakteur, der ja Mitglied des Reichstags ist, sich die Statistik der Reichstagswahlen von 1898 aus dem Bureau des Reichstags holen lassen; und er wird in diesem grünen Heft finden, allerhöchste dargelegt und amtlich beglaubigt, daß seit 1893 die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs von etlichen Hunderttausenden, und die konservativen Parteien (die um Kardoff und um Stamm) einen Rückgang von etlichen Hunderttausend Stimmen zu verzeichnen haben. Mein Viebschen, was willst Du noch mehr? Oder hat die amtliche Statistik falsch „prophezeit“?

Es knifert in den Militärvereinen. Dem Kriegerverein zu Siggelkow in Mecklenburg ist auf Befehl des Herzogregenten die Kadre entzogen worden. Wahrscheinlich ist der Sozialisten-Vogelzug in den Verein eingedrungen.

Der „Veteran“, das Organ des Leipziger Veteranenverbandes, vor dem kürzlich der preussische Kriegsminister gewarnt hatte, nimmt das Wort zu seiner Vertheidigung:

Wozu unsere Gegner endlich einsehen, daß wir nichts wollen, als das, was uns die Regierung ohnehin zugesagt hat, daß unsere Wünsche nicht über das Erreichbare hinausgehen, ein wenig Brot für die armen, alten Krieger, die als bedürftig anerkannt sind, die aber noch immer darben müssen, weil ihrer zu viel sind und die flüssig gemachten Mittel nicht für sie anreichen. Wenn wir aber im „Kamerad“ lesen, daß die Wünsche, die wir anzuhören wagten und für deren Erfüllung wir seit manchem Jahre kämpften, kämpften mit der Waffe der Bitte, der Petition und der sachlichen Darstellung des Uebels, das unter den Veteranen noch immer herrscht, als demagogisch bezeichnet werden, dann kann man nur die Köpfe zuden und den Kopf schütteln. Ein Demagoge ist ein Verführer des Volkes. Wen aber haben wir je verführt? Etwas die armen Menschen, die sich an uns wandten, ihr Recht zu suchen und zu finden, die Ärmsten der Armen, die wir mit der That unterstützten, die Hülfslosen, die sich an uns schlossen, weil ihnen in den Militärvereinen nicht die Achtung entgegengebracht wurde, die ihnen als Krieger für des Vaterlandes Rettung und Größe gebührt, die sich, bei Seite geschoben und über die Achsel angesehen, einen besseren Umgang suchten, denen wir kameradschaftlich die Arme öffneten, um sie vergessen zu machen, was ihnen in den uns auf Befehl grollenden Kriegsvorständen unrecht geschahen war? Diese Thatsachen sind wahrlich keine der Demagogie, sondern der Kameradschaftlichkeit.

Es ist das alte Lied: Wer es wagt, männlich für die Interessen der Leidenden und Schwachen einzutreten, der wird von der hohen Bureaukratie zu den Reichsfeinden, Demagogen, Sozialdemokraten geworfen.

Wir haben nichts dagegen einzuwenden.

Steigende Lebensmittelpreise. Das Verköstigungsgeld, das halbjährlich für die einzelnen Standorte der preussischen Armee auf Grund der Getreide-, Futtermittel- und Fleischpreise festgesetzt wird und somit einen Anhalt für die Befestigung der Lebensmittelpreise bietet, ist für das erste Halbjahr 1899 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1898 für Gemeine in 120 Standorten erhöht und nur in 87 herabgesetzt, während es in 118 ebenso hoch wie im vorigen Halbjahr geblieben ist. Die Erhöhungen betragen an 59 Orten 1 Pf., für den Raum und Tag, an 38 Orten 2 Pf., an 15 Orten 3 Pf., an 4 4 Pf., an 3 Brandenburg, Sprotau, Minben) 5 Pf. und an 1 Ort (Marientwerder) 7 Pf. Die Herabsetzungen betragen an 52 Standorten 1 Pf., an 21 2 Pf. und an 4 3 Pf. Am niedrigsten ist das Verköstigungsgeld in Goldau, Tilsit, Rathenow, Pläseburg und Soldau mit 30, am höchsten in Jälsch mit 40 Pf. In Berlin und Charlottenburg beträgt der Satz 34, in Groh-Lichterfelde 35 und in Potsdam 37 Pf. Der in dem niedrigen Verköstigungsgeld liegende Betrag für eine Fleischportion ist in vielen Städten wesentlich erhöht, in anderen dagegen herabgesetzt. In Berlin beträgt er 17,7 Pf. gegen 18,9 im vorigen Halbjahr, in Charlottenburg 17,8 gegen 19,2, in Groh-Lichterfelde 19,0 gegen 18,7 und in Potsdam 20,8 gegen 21,0 Pf.

Auch gegen weibliche Ausländer richtet sich die Ausweisungspolitik. In Reuthen (O.-Schl.) ist jüngst ein seit längerer Zeit in einem Robowarengeschäft thätig gewesenes Frauenlein ausgewiesen worden. Sie war allerdings Oesterreicherin, daß sie indeß sonst irgend einen Anlaß zur Ausweisung gegeben habe, davon ist nichts bekannt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Zu sechs Monaten Gefängnis wurde der Bäckerjunge Ciesliski aus Minersdorf von der Strafkammer zu Inowrazlaw

verwirrt, weil er im Reichshaus beleidigende Äußerungen über den Kaiser und die Armee gethan hatte.

Die Scherl-Macht hat doch eine Grenze — an der Schwelle Adolf Menzel's, der für den „Social-Anzeiger“ fortan ein Adolfs von Menzel ist. August der Stärkste (in der Auflage) hatte laun von der Defecation des Schwarzen Adlerordens mit dem Künstler gehört, als er dem Alten seinen zehnten, vermutlich am früheren Willensdamm trainierten Ausrufer ins Haus schickte. In anderthalb Spalten erzählt der glückliche, von Begas, dem Kunst-Hoflieferanten empfohlene Mann das gewaltige Ergebnis des Interviews: Menzel hat dem Scherl ein ausdauernd — 200 Zeilen lang — den Rücken zugekehrt; gleichwohl blieb der liebenswürdig behandelte Gast so lange, bis in seinem Kopf die anderthalb Spalten gereift waren, die August befohlen hatte. Der Stolz des Interviewers läßt sich verstehen: so lange den Rücken einer leibhaftigen Erzzeile betrachten dürfen, ist nicht jedem Sterblichen vergönnt. Scherl hat sich die Sache allerdings ein wenig anders gedacht. Denn, wie wir erfahren, hatte er seinem Agenten einen photographischen Apparat mitgegeben mit der frischen Weisung, eine Momentaufnahme für den Depeschenaal herzustellen: „Adolf von Menzel probirt vor dem Spiegel den schwarzen Adlerorden.“ Und nun hat der unankbare Maler rücksichtslos ganz ohne Ordensband — gearbeitet, man fasse es: zwei Tage nach der höchsten Ehrung gearbeitet. Wir fürchten, August Scherl versteht diese Welt nicht mehr. —

Stillstand im Fabrikaufsichtswesen.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ kündigten an, daß die im Anfang der neunziger Jahre begonnene Reorganisation des Fabrikaufsichtswesens im nächsten preussischen Etat dadurch zum Abschluß gebracht werden soll, daß die Etatierung der letzten damals geschaffenen Stellen für Gewerbe-Inspektoren verlangt wird. Dies bedeutet aber nichts Anderes, als daß alle anderen noch so heingelungenen Wünsche hinsichtlich des weiteren Ausbaues der Fabrikinspektion ohne Berücksichtigung bleiben sollen. Um nun das Verhinderung dieser brutalen Thatfache ein wenig zu verhüllen, unternimmt das offiziöse Blatt einen kläglichen Entschuldigungsversuch.

Gegenüber der Forderung, die Institution der Fabrik-Aufsichtsbeamten zur Reichsinstitution zu machen und dadurch für die Einzelstaaten die Aufsichtsgrenzen gleichmäßig zu ziehen, bringen die „Berl. Pol. Nachr.“ folgende leeren Ausführungen:

„Nichts wäre ungewöhnlicher in der Gewerbe-Aufsicht als eine Schematisierung. Betriebe gleicher Art können in dem einen Falle aus recht vielen Ursachen der Aufsicht recht bringend bedürfen, in dem andern gar nicht. Hier die Entscheidungen der Regierung unmöglich zu machen, würde durchaus nicht zweckmäßig sein und die Inspektion vielfach ganz unzulässig belassen!“

Umgekehrt wird eine richtige Gewerbe-Aufsicht durch die Betriebe der Aufsicht dringend bedürfen, kann nicht von den Regierungen nach der Art der Betriebe in den einzelnen Ländern verschieden beurteilt werden, denn in allen deutschen Einzelstaaten haben alle gleichartigen Betrieben dieselben Reichsgesetz-Vorschriften zu erfüllen! Es können also in Bayern wie in Preußen dieselben Gesetzesvorschriften vorliegen, und nicht die Art der Betriebe, sondern die Art der Betriebsinhaber ist dafür entscheidend. Diese aber richtet sich nicht nach den Grenzpfählen, innerhalb derer die Betriebe liegen, sondern nach dem persönlichen Charakter, der mehr oder minder großen sozialen Rücksichtslosigkeit des einzelnen Betriebsinhabers. Den edoch leert der Gewerbe-Aufsichtsbeamte nur kennen, falls er den Betrieb überhaupt besuchen kann. Oder will man glauben machen, es seien z. B. die Inhaber gewisser Kleinbetriebe in Preußen durchwegs so frei von Schuld und Fehler, daß sie ohne jede Kontrolle ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen, während sie etwa in Bayern oder Sachsen durchwegs Sündler seien, die unter Aufsicht stehen müssen?

Angesichts und selbst ist auch die Entgegnung der „Berliner Pol. Nachr.“ gegenüber den Vorwürfen, daß die angeführten Aufsichtskräfte immer noch nicht dem Bedürfnis genügen. Sie schreiben:

„Eine allen passende Grenze dieses Bedürfnisses zu ziehen, ist überhaupt unmöglich. Es gibt Politiker, deren Ideal es ist, daß jedem Betriebe ein ständiger staatlicher Aufsichtsbeamter beigegeben wird. Diesem Zustande wäre aber im Interesse aller Beteiligten eine gänzliche Verstaatlichung der Betriebe vorzuziehen.“

Welch kindliche Uebertreibung! Es handelt sich gar nicht darum, jedem Betriebe einen ständigen Beamten beigegeben. Uebrigens — wo dies im Interesse des Steuerfiskus liegt, z. B. in den Zunderfabriken, geschieht dies. Zum Schutze der Arbeiter ist dies aber gar nicht nötig, sobald den Arbeitern des Betriebes selbst die sichere Gelegenheit gegeben ist, mit dem Aufsichtsbeamten sich zu verständigen, und dieser Zeit hat, die genügende Zahl der Revisionen vorzunehmen. Ob diese größer oder kleiner zu sein hat, das muß von Fall zu Fall der Entscheidung des Beamten überlassen werden; das Gesetz aber muß die Möglichkeit geben, ein Mindestmaß der Kontrolle auszuüben, durch das der Beamte Gelegenheit bekommt, sich ein zutreffendes Bild von den Zuständen im Betriebe zu schaffen. Freilich — die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben, es habe sich herausgestellt, daß das vorhandene Personal unter Zuziehung der Assistenten ebenso wie die vorhandene Beamtenorganisation in Preußen genüge. Das heißt die Thatfachen auf den Kopf stellen! 1897 wurden in Preußen nur 84,7 pCt. der Betriebe revidiert! Im Deutschen Reich durchschnittlich noch weniger, nur 80 pCt., in Bayern sogar nur 87 pCt., aller in das Revisionsregister eingetragenen Betriebe. Die größere Zahl der in Preußen revidierten Anlagen kommt aber nur daher, weil Bayern fast sämtliche handwerksmäßige Betriebe in die Listen der Gewerbe-Aufsicht aufgenommen hat, was in Preußen nicht der Fall ist. Diese niedrigen Revisionsziffern mögen den Herren Schweinburg, Stumm und Kompp, genügen, den Arbeitern aber nicht — und aus einseitiger Aufsichtsbearbeitung klagen darüber. Das wird freilich in der Aera Solodowsky gar nichts ändern; da entscheidet die Meinung der Industriellen und diesen ist die ungenügendste Gewerbe-Aufsicht die allergenügendste. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 2. Januar. Infolge des geschlossenen Zustandes steht sich die Regierung außer Stande, Steuern zu erheben. Trotzdem soll ein starker Andrang des Publikums zu freiwilliger Zahlung der Steuern herrschen und viele zahlen angeblich, um die Regierung zu stützen, für das ganze Jahr vorans. Es scheint aber, also seien diese Nachrichten übertrieben, um zu zeigen, wie günstig die Situation der kaiserlichen Regierung sei. Auch beweisen Steuerzahlungen in Budapest noch nicht viel, es kommt auf die Provinzen an, in denen die Opposition vorherrscht.

Wie in Ungarn Politik gemacht wird. In Budapest finden jetzt so ziemlich jeden Tag vor der Frühstückstisch ein oder mehrere Duelle statt. Am gestrigen Dienstag erledigte der Ministerpräsident Konffy ein Pistolenduell mit dem Deputierten Horandzy. Es fand in der Reichshalle der Honved-Kavallerieschule statt. Vereindart war ein zweimaliger Augenschuß auf 20 Schritte Distanz ohne Avance. Als Waffen wurden glatte Pistolen ohne Flügel bestimmt. Zielzeit 15 Sekunden. Beide schossen nach fünf bis sechs Sekunden Zielens fast gleichzeitig und schloßen einander ab. Die Duellanten mußten hierauf die Plätze wechseln und feuerten abermals gleichzeitig nach kurzem Zielen, trafen einander aber wieder nicht. Die beiden Politiker gingen darauf friedlich nach Haus und werden sich voransichtlich heute oder morgen mit anderen Kollegen pausen. Man muß wenigstens zugeben, daß diese Art der Erledigung politischer Fragen sehr ungefährlich ist. —

Verbotene Zeitungen in Oesterreich werden nach dem jetzt erschienenen Verzeichnis z. B. 328 gezählt. Die größte Anzahl der Journale, denen der Postbesitz entzogen ist, sind amerikanische, 72 an der Zahl, dann kommen serbische (68), italienische (50), 31 ungarische und 20 des Deutschen Reiches. —

Frankreich.

Die Feinde der Republik in Frankreich wittern Morgenluft. Immer frecher wagt sich die monarchische Agitation hervor. Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem hervorragenden Teilnehmer an der jüngst zum Prinzen Victor nach Brüssel entsandten konapartistischen Abordnung, welcher erklärte, daß Prinz Victor zur Aktion entschlossen sei, einen Gewaltstreich vorzubereiten und, sobald die Ereignisse eintreten, welche in kürzerer Zeit, als man glaube, zu erwarten seien, sich an die Spitze der Bewegung stellen werde. Die Gerüchte bezüglich Zweifeltigkeiten zwischen dem Prinzen Victor und dem Prinzen Louis seien unbegründet. Prinz Louis, welcher demnächst General Bonaparte heißen werde, werde sich am Tage der Aktion an der Seite des Prinzen Victor befinden.

Auch die liechlich erwähnte Liga „La Patrie Française“ ist eine monarchistische Gründung. Sie erklart jetzt in einem Kundschreiben, daß die Liga Niemanden aufnehmen werde, welcher Kundgebungen zu Gunsten Dreyfus' oder Biquart's unterzeichnet habe. Der Akademiker Gaston Paris sagt in einem offenen Schreiben, die neue Liga werde nicht beruhigend wirken, sie sei eine Liga des Kampfes, was schon daraus hervorgehe, daß mehrere Mitglieder des Gründungs-Komitees sich an der Subskription für die Wittve des Oberleutnants Genry beteiligten. —

Zola verhaftet? Englische Detektive, so sagt die „Daily News“, haben den Befehl erhalten, Zola zu verhaften. Es scheint danach ein Auslieferungsantrag gegen ihn vorzuliegen.

Ein Auslieferungsantrag mag ja seitens Frankreichs vorliegen. Rimmermehr glauben wir aber, daß England einem solchen Antrage willfahren würde. —

Zum französisch-englischen Streit führt im „Matin“ der französische Admiral Rebellère aus, seine Frage sei zur Zeit drohender als die der französischen Fischereigerechtfame in Neufundland. Frankreichs Rechte seien unanfechtbar, allein aus diesen Rechten ergebe sich eine dauernde Kriegsgefahr, die bisher nur wie durch ein Wunder infolge der äußersten Veröhnlichkeit der beiden beteiligten Regierungen vermieden werden konnte; ein Austausch der französischen Rechte gegen einen angemessenen Gegenwert werde eine Wohlthat für beide Völker sein. Für die französische Kriegsmarine sei die Franzosenliste in Neufundland völlig bedeutungslos. —

Portugal.

Kolonialpolitik. Aus der Thronrede, mit der die Cortes vom König eröffnet wurden, ist der die Kolonialpolitik angehende Satz erwähnenswert:

Für die Kolonien genügt es nicht, daß der Kolonialbesitz Portugals in vollständiger Unversehrtheit als geheiligtes Erbe der Nation erhalten wird, sondern der Besitz muß nutzbringend verwaltet und als solider Grundbau für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Portugals ausgebildet werden.

Der Satz von der „vollständigen Unversehrtheit“ scheint sich gegen die Gerüchte zu richten, die den Verkauf der Delagoa-Bai an England behaupteten. Indessen die Phrasen in Thronreden bieten ja niemals politische Würgschaften. —

Türkei.

Jungtürkische Agitation. In Konstantinopel wird gegenwärtig eine Flugzeit, aus der Feder des Jungtürken Ali Schefik Bey, in großen Mengen verbreitet. Dieselbe ist in türkischer Sprache geschrieben und soll sehr heftige Angriffe gegen den Sultan und das herrschende Regierungssystem enthalten. Natürlich wird, wie im Abendlande, die Polizei gegen die „Aufwiegler“ mobil gemacht. Diese läuft aber vertheilten Exemplare habhaft zu werden, was ihr nur zum kleinsten Theile gelingt. —

Ägypten.

Die Klagen der Armenier. Der armenisch-orthodoxe Patriarch, Mgr. Demonian, hat sich angeichts der in den Vilajets von Van, Bitlis und Diarbekir herrschenden Hungersnoth, die auf der Bevölkerung überaus schwer lastet, an den Sultan mit der Bitte um Hilfeleistung gewendet. Gleichzeitig schilderte Mgr. Demonian abermals die rücksichtslose und manchmal grausame Art, in welcher die Polizei-Organen und die Steuer-Einnehmer der armenischen Bevölkerung gegenüber ihres Amtes walten und setzte die dringliche Nothwendigkeit der endlichen Gewährung der seitens der Porte schon seit langem versprochenen Unterstützung der nothleidenden Armenier auseinander. Die verlanet, hat der Sultan infolge dieses Schrittes den Befehl erteilt, dem Patriarchate umgehend jene tausend türkischen Pfund zu übermitteln, die noch von dem Betrage von 400 türkischen Pfund restierten, die seiner Zeit zur Unterstüttung der verarmten Armenier angewiesen worden war. Selbstverständlich kann der Betrag von tausend türkischen Pfund nicht hinreichen, um den nothleidenden Armeniern eine irgendwie wesentliche Linderung zu bringen, da der Schaden, welcher der Nation durch die Unruhen zugefügt wurde, über drei Millionen türkische Pfund beträgt. Die Klagen und Beschwerden, welche im Patriarchate einlaufen, nehmen stetig zu. Der Patriarch hat die Aufmerksamkeit des Palais in erster Reihe auf diesen Umstand gelenkt und zu verstehen gegeben, daß er sich, wenn die Lage der Nation seiner wirklichen Verfassung zugeführt werde, gewungen sehen würde, seine Demission zu geben. In jenen Kreisen, welche die in Plildiz stiel herrschenden Stimmungen kennen, bezweifelt man trotzdem, daß ein Wandel zu Gunsten der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der armenischen Nation zu erwarten sei. —

Der Widerstand auf den Philippinen gegen die amerikanische Besitzergreifung wächst noch fortwährend. Aus Manila wird vom 1. Januar gemeldet: Ein amerikanischer Aviso, der hier eingetroffen, brachte die Nachricht, daß die Lage in Ilo-Ilo äußerst kritisch sei. Die Vorstadt des Wolo ist von 1500 bewaffneten Eingeborenen besetzt und weitere 17 000 erwarten, wie gemeldet wird, den Befehl zur Abfahrt von Negros-Island, das 15 Stunden von Ilo-Ilo entfernt ist. General Miller forderte die Uebergabe der Stadt bis zum Mittag des 30. vorigen Monats und sicherte den Einwohnern zugleich für Leben und Eigentum Schutz zu. Der General lehnte die Bitte der fremden Bewohner, einen Aufschub zu gewähren, ab.

Miller bereitet eine gewaltigste Landung vor, allein bevor er hierzu schreitet, sandte er einen Boten nach Manila zurück, um daselbst Instruktionen einzuholen. Inzwischen haben die Aufständischen ihre Stellung verstärkt und rüsten sich zum Widerstand. Als der Aviso Ilo-Ilo verließ, waren die Strahlen von bewaffneten Soldaten gefüllt: auch das Fort, die öffentlichen Gebäude und die Kirchen, sowie die den Fluß entlang liegenden Boote sind mit Aufständischen besetzt.

Die amerikanische Regierung beschleunigt dem gegenüber die Abfertigung von Verstärkungen nach den Philippinen in der Weise, daß binnen 14 Tagen 6 weitere Regimenter dorthin abgehen sollen.

Der von den Eingeborenen ausgehende Widerstand kann den Vereinigten Staaten ja kaum ernstliche und dauernde Verlegenheiten bereiten. Aber man sieht doch, daß die Amerikaner auf den Philippinen ganz und gar nicht mit offenen Armen ausgenommen werden. Jedenfalls kommen sie hier noch nicht so bald zur Fassung des Sternendanners wie auf Kuba. —

Amerika.

Das Projekt für den Nicaragua-Kanal soll in nächster Zeit dem Kongress unterbreitet werden. Man schätzt die Baukosten des Kanals nach den neuesten Vermessungen auf 135 000 000 Dollars. Mit der im Verträge mit Nicaragua 1888 bestimmten Neutralität des Kanals wird man sich nach Ansicht des Senats Morgan derart

abfinden, daß der Kanal neutral sein soll für alle Nationen, mit Ausnahme derjenigen, mit der die Vereinigten Staaten gerade im Kriege sind. Das, meint man, wäre nur billig für Wasserstraße, die mit Mitteln der Union in amerikanischen Kosten gebaut würde. Nur der Clayton-Bulwer-Vertrag, England, zu dessen Nichtbeachtung nach amerikanischer Auffassung England selbst genügend Grund gegeben habe, ist Zuangriffnahme des Vorgesetzten noch hinderlich zu sein. —

Parlamentarisches.

Der Entwurf des Bankgesetzes ist dem Bundesrath zugegangen. Dem Vernehmen nach beschäftigt es sich, daß derselbe die Erhöhung des Grundkapitals, die Steigerung des steuerfreien Notenkontingents und eine anderweite Vertheilung des Gewinns zwischen dem Reich und den Antheilseignern, so daß der Gewinnantheil des Reiches größer wird, vorschlägt.

Invaliditäts- und Altersversicherung.

Die im Reichs-Versicherungsam aufgestellte und dem Reichstag vorgelegte Sachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten für das Rechnungsjahr 1897 umfaßt sämtliche 31 Versicherungsanstalten des Deutschen Reiches.

Wie die Sachweisung erkennen läßt, sind für diese Versicherungsanstalten mit insgesamt 154 Vorstandsmitgliedern, 80 Hilfsarbeitern der Vorstände, 610 Aufsichtsrathmitgliedern, 66 323 Vertrauensmännern, 333 Kontrollbeamten, 405 Schiedsgerichten, 9113 besonderen Maxlenveranstaltungen, 5824 mit der Einziehung der Beiträge betrauten Krankenkassen und 2098 in gleicher Weise mitwirkenden Gemeindebehörden und sonstigen von der Landes-Zentralbehörde beauftragten Stellen, an Entschädigungsbeträgen 16 290 831,82 M. für Altersrenten und 15 071 680,09 M. für Invalidenrenten, zusammen 31 371 391,71 M. gezahlt worden.

Die Zahl der im Rechnungsjahr bewilligten Altersrenten betrug 21 888, die der Invalidenrenten 71 738, zusammen 93 626. An Verwaltungskosten sind aufgewendet worden 6 542 378,24 M., was für den Kopf der Versicherten eine Ausgabe von etwa 0,61 M. ergibt oder 5,47 pCt. der Gesamteinnahme an Beiträgen (der erhobenen Prämie) ausmacht. Von den Verwaltungskosten kommen 1 178 183,79 M. auf Kosten der Einziehung der Beiträge (§ 112 Absatz 3 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes), 741 022,44 M. auf Kosten der Kontrolle (§ 128 a. a. O.) und 335 811,80 M. auf die Kosten der Schiedsgerichte.

Die Gesamteinnahme aus Beiträgen belief sich mit Einschluß der Beiträge für Seelente auf 104 666 628,71 M. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken beträgt rund 105 Millionen in Lohnklasse I, 186 Millionen in Lohnklasse II, 119 Millionen in Lohnklasse III und 81 Millionen in Lohnklasse IV; an Doppelmarken werden rund 458 000 als verkauft nachgewiesen.

Der Antheil der Versicherungs-Anstalten an dem bis zum Schlusse des Jahres 1897 vom Rechnungsbureau endgiltig vertheilten Renten (§ 90 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes) ergibt bei 315 798 Einzelfällen an Altersrenten und 205 544 Einzelfällen an Invalidenrenten, zusammen 521 342 Einzelfällen, einen Jahresbetrag von 23 574 093,99 M. für Altersrenten und 19 987 672,18 M. für Invalidenrenten, zusammen 43 561 666,17 M. Diese Rentenbelastung stellt einen Kapitalwerth von 128 967 541 M. für Altersrenten und 171 902 989 M. für Invalidenrenten, zusammen 300 990 530 M. dar.

Bis zum Schlusse des Jahres 1897 sind 115 726 Altersrenten und 89 298 Invalidenrenten, zusammen 205 025 Renten mit einem auf die Versicherungsanstalten entfallenden Jahresbetrage von 8 815 875,43 M. für Altersrenten und 5 708 478,19 M. für Invalidenrenten, zusammen 14 018 853,62 M. in Wegfall gekommen; es bleiben demnach am Schlusse des Jahres noch 208 072 Altersrenten mit einem abgültig des Reichszuschusses sich berechnenden Jahresbetrage von 15 258 718,56 M. und 206 245 Invalidenrenten mit einem entsprechend berechneten Jahresbetrage von 18 684 093,90 M.

Den nach den §§ 5 und 7 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes zugelassenen besonderen Klassen-einrichtungen (Eisenbahn- und Anapathisipensions-Klassen) sind aus den bis zum Schlusse des Jahres 1897 vertheilten reichsgeselligen Renten zur Last gelegt: 6624 Altersrenten-Anteile mit 654 738,49 M. Jahresrente und 20 148 Invalidenrenten-Anteile mit 1 366 610,48 M. Jahresrente. Von diesen waren bis Ende 1897 2248 Altersrenten-Anteile mit 227 288,66 M. Rente und 6819 Invalidenrenten-Anteile mit 452 885,71 M. Rente bereits wieder in Wegfall gekommen, so daß ein Bestand von 4376 Altersrenten-Anteilen mit 427 449,83 M. Jahresrente und 13 329 Invalidenrenten-Anteilen mit 918 121,77 M. Jahresrente verblieben ist.

Der Vermögensbestand der Versicherungs-Anstalten einschließlich des Werthes der Inventarien belief sich bei Ablauf des Jahres 1897 auf 538 964 526,71 M., wovon bis dahin 53 502 668,44 M. dem Rezerdefonds (§ 21 a. a. O.) überwiesen worden sind. Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen erfolgt mit 3,49 pCt., gegenüber von 3,83 pCt. im Vorjahre.

Der Durchschnittssatz der Altersrente, welcher für die im Jahre 1891 begonnenen Renten 129,57 M. betrug, ist für die im Jahre 1892 beginnenden Renten auf 127,34 M. und für die im Jahre 1893 beginnenden auf 129,50 M. gestiegen, dagegen für die im Jahre 1894 beginnenden auf 125,63 M. zurückgegangen und hat sich für die im Jahre 1895 beginnenden Altersrenten wieder auf 132,00 M., für die im Jahre 1896 beginnenden auf 133,89 M. und für die im Jahre 1897 beginnenden auf 137,38 M. gehoben. Dagegen hat die Durchschnittshöhe der Invalidenrente, welche sich für die im Jahre 1891 beginnenden Renten auf 113,39 M. belief, für die im Jahre 1897 beginnenden Renten den Betrag von 127,99 M. erreicht.

An Beitragserstattungen (§§ 90, 91 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes) wurden von den 31 Versicherungsanstalten festgestellt: 99 816 Erstattungen in Fällen von Verheirathung im Betrage von 2 618 472,54 M. und 20 116 Erstattungen in Todesfällen im Betrage von 712 970,75 M. Die durchschnittliche Höhe des auf jeden Erstattungsfall kommenden Betrages berechnet sich für sämtliche Anstalten zusammen auf 29,28 M. gegen 29,74 M. im Vorjahre in Fällen von Verheirathung, 35,44 M. gegen 31,38 M. im Vorjahre in Todesfällen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Bürgerauswahlwahl in der württembergischen Stadt Goppingen hatte unsere Partei mit der Volkspartei eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt. Diese errang einen vollständigen Sieg. Gewählt sind 3 Sozialdemokraten und 6 Demokraten.

In den Gemeinderath des Dorfes Haingrund im Oberrhein wurden, trotz erstmaliger Beteiligung unserer Parteigenossen, ebenfalls 3 Sozialdemokraten gewählt.

Die Brechkommission der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung in Dortmund hat dem Redakteur Wlod und dem Expedienten Lehmann gekündigt. Das Volksblatt für den Wahlkreis Bochum kann diese Maßregel schon deshalb nicht gut heißen, weil sie den Beschäftigten des Provinzial-Parteitages zuwider laufen.

Todtenliste der Partei. Das alte Jahr brachte der Sozialdemokratie in Karlsruhe noch einen herben Verlust durch den Tod des Parteigenossen Johann Gutleisch. Derselbe gehörte in den Jahren 1890—98 dem Bürgerauswahlgang an, und auch in der schlimmsten Zeit des Ausnahmegesetzes zählte er zu den thätigsten Mitgliedern unserer Partei.

Aus Oberschlesien. Gegen den Parteigenossen Dr. Wintert ist ein Strafverfahren wegen Verleumdung des Landgerichtsdirektors...

Der „Lübener Volksbote“ kann mittheilen, daß er, wie schon im Jahre 1897, so auch im letzten Jahre der Göttin Themis...

Wegen Verleumdung des Besitzers und Redakteurs der „Altenburger Landeszeitung“, Herrn Schoene, war der Parteigenosse Hermann Kappeler...

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Verband der deutschen Buchdrucker beruft im Laufe des Monats Juni seine Generalversammlung nach Mainz ein.

In Guben haben die Handschuhmacher der Firma Wagemann die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen entstanden wegen der nach Ansicht der Arbeiter zu Unrecht erfolgten Entlassung eines Arbeiters.

Der Bäckerstreik von Hamburg, Altona und Wandsbek. Unter diesem Titel hat der Verband der Bäcker eine Broschüre herausgegeben, die einen interessanten Rückblick auf diesen bedeutenden Kampf der Gewerkschaft gewährt.

Nur einige Beispiele dafür, wie die Konventionalstrafe umgangen wurde: Eine der größten Bäckereien erhielt von ihrer Mühle, obgleich diese sich dem Ring angeschlossen, Mehl so viel als sie haben wollte...

Belannt ist, daß schließlich die Bäckermeister selbst den Mehlbojott aufhoben. Nach dem Streik haben noch 43 Meister die Forderungen der Gefellen anerkannt.

Wir haben gesehen, daß teilweise mangelnde Erfahrung unserer jungen, bisher ganz von der Außenwelt abgeschlossenen Kollegen...

Die Hamburger Speicher- und Lagerarbeiter nahmen in einer Versammlung Stellung zu dem von den Unternehmern ausgearbeiteten Lohnvertrag, der am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist.

Der Flensburger Maurerstreik ist beendet. Einen Erfolg hat der lang andauernde Kampf den Streikenden nicht gebracht, sie sehen sich besonders im Hinblick auf die jetzt zu Ende gehende Bauzeit...

Die Differenzen in der Biegerei von Gebrüder Reuling in Mannheim sind beigelegt. Die von den Arbeitern (Kernmachern und Formern) gestellten Forderungen sind bewilligt.

Das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. hat am 1. Januar unter reger Theilnahme der Arbeiterschaft seine Einweihung begangen. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Befangsvortrag des Vereins „Immergrün“.

Witten in der Frankfurter Altstadt, dort wo vor Jahrhunderten reiche Krümer ihr Erbsitz mehrten und häuften und wo heute noch der Kapitalismus dicht neben den Wohnhöhlen der Kernsten seine Komptore hat...

Einfach, aber würdig steht so unser Arbeitersekretariat da, bereit, das Beste zu geben, was es hat, wenn die Bedrückten aus der Stadt und Umgegend zu ihm kommen.

Soziales.

Die Edelmetall-Gewinnung der Welt. Nach dem Berichte des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika war die Gold- und Silberproduktion der Welt im Jahre 1897 folgende:

Table with 4 columns: Country, Gold (Dollars), Silver (Unzen), and Total. Rows include Africa, Vereinigte Staaten von Amerika, Australien, Argentinien, Brasilien, etc.

In der ganzen Welt wurden (einschließlich Umprägung) geprägt: Goldmünzen im Betrage von 437 719 342 Dollars, Silbermünzen im Betrage von 142 380 588 Dollars.

Das Kunstgewerbe der ganzen Welt verbrauchte für 59 005 980 Dollars Gold und für 40 435 577 Dollars Silber.

Vom Apotheken-Monopol. Mit 100 000 Mark schätzte ein Apotheker vor dem Bezirksauschuss in Breslau sein Privilegium zur Ausbeutung der Kranken ein.

Landwirthschaftliches Genossenschaftswesen. Von 3149 dem Allgemeinen Verbande der deutschen landwirthschaftlichen Genossenschaften zu Offenbach a. M. angeschlossenen Spar- und Darlehnskassen sind statistische Angaben für 1897 eingegangen.

Gerichts-Beitrag.

Der sozialdemokratische Vertrauensmann für Köpenick, Genosse Riele, hatte zum 26. August 1897 eine öffentliche Volksversammlung nach dem Kaiserhof in Köpenick einberufen.

Agate demnachst gegen den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dem gestern in der Sache Termin anstand.

In der „Judithandara“. Eine gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Anklage wegen verurtheter Rädelsucht, Verdrohung und Körperverletzung berührte wieder das Gebiet des § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Eine Erinnerung an die Bluthat des Raubmörders Wegener wurde durch eine kurze Verhandlung wachgerufen, die sich gestern vor der neunten Strafkammer abspielte.

Eine Spielhölle wurde im November 1897 in dem Lokale der Wittve Förschle in der Gerichtstraße ausgehoben. Dem Polizeileutnant Schmidt war die Anklage zugegangen, daß in dem genannten Lokale dem Spielertisch in arger Weise gebühligt werde.

Politisch gefährliche Madenbälle. Der Arbeiterbund in Frey, der nach seinem Statut die Pflege der Geselligkeit bezweckt, wurde von der Polizeibehörde für einen politischen Verein erklärt.

Ein Wiederannahmeverfahren betrifft der in dem Prozeß der Georgenkirchengemeinde seiner Zeit viel genannte Bureauehilfs-Schöbel. Er ist wiederholt wegen schwerer Verleumdung des Superintendenten Wegner zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt worden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Krefeld, 3. Januar. (B. Z. V.) Bis her kündigten die Sammetweber in acht mechanischen Webereien zum 15. d. M. In zwei Sammetwebereien sind die Weber bereits ausständig.

Flensburg, 3. Januar. (B. Z. V.) Infolge starker nordöstlicher Winde wurden in den hiesigen Häfen große Wassermengen getrieben, und durch dieselben die am Fahren liegenden Schiffe vollständig unter Wasser gesetzt.

Rom, 3. Januar. (B. Z. V.) Der Papst hat zu Neujahr von einer französischen Dame 300 000 Fr. als Peterpfennig erhalten.

Madrid, 3. Januar. (B. Z. V.) Wie eine Depesche des Generals Rios aus Manila meldet, sind auf der Insel Balabac alle Spanier ermordet worden mit Ausnahme der Frauen.

New-York, 3. Januar. (B. Z. V.) Die gesetzgebende Körperschaft des Staates Kansas hat in einer besonderen Tagung einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen im Staate Kansas eine Steuer von 4 pct. auf die an ausländische Versicherungsgesellschaften zu zahlenden Prämien gelegt wird.

Verbrechen, Uebergreife und Mißgriffe von Polizei-Organen, Nachtwächtern und Gendarmen in Deutschland im Jahre 1898 und ihre gerichtliche Behandlung. (Schluß.)

91. Schriftsteller Landauer, der bereits am 5. Februar im „Sozialist“ den Polizeikommissar Gottschall in Elberfeld, jetzt Distriktskommissar in der Provinz Posen, beschuldigt hatte, in der Untersuchung gegen den Barbier Fietzen wichtige Beweismittel gefälscht zu haben, ohne daß diese beleidigende Äußerung strafrechtlich verfolgt worden, wiederholt mit dem ausgesprochenen Zweck, so ein Strafverfahren zu erzwingen, in einem an die Presse sowie sämtliche Mitglieder des Reichstages versandten Zirkular diese Anklage (7., 16. Sept.) — Auf Grund eines Strafantrags vom 20. Sept. wird darauf, wie ihm am 4. November mitgeteilt wird, gegen 2 Anklage erhoben, aber nicht vor dem Landgericht II, zu welchem sein Wohnsitz Friedrichsdagen gehört, sondern vor dem Landgericht I, was dadurch ermöglicht wird, daß 2 zugleich für einen ohne sein Zutun erfolgten Abdruck seines Zirkulars im „Sozialist“ verantwortlich gemacht wird. (8. Nov.) Zirkul. auf 1., 6. Dez.

92. Der Döfener „Morgenspiegel“ zufolge wird ein 19jähriger Knabe, der nach Schubin transportiert werden soll, als er auf dem Wege zum Bahnhof seinem Transporteur entliefe, von letzterem mittels Revolvers in den Rücken geschossen. (10. Sept.)
93. Ein altheimischer Student, der zum Besuch nach Mey kommt, wird bei der Ankunft auf dem Bahnhofe von einem Schutzmann verhaftet, weil er einen blau-weiß-rothen Bierzipfel — das Abzeichen seiner Freiburger Studenten-Verbindung Rhemania — trägt. (10. Sept.)
94. Auf einem vom Straßburger Turnverein veranstalteten Volks-Schauturnen wird von der Polizei der musizierenden Kapelle das Weiterblasen eines begonnenen Marsches verboten — weil derselbe französischer Herkunft sei! (10. Sept.)
95. Durch die Begnadigung des Polizeibieners Hötter zu 100 M. Geldstrafe wird bekannt, daß derselbe vom Altköniger Landgericht wegen Körperverletzung im Amte mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden. (11. Sept.)
96. In dem Prozeß gegen den Polizeibieners Koch in Oldisleben wegen Falschheides, wird festgestellt, daß derselbe als Zeuge vor Gericht tatsächlich Falsches bejaht. Er bittet um Freisprechung, da es sich ja doch gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe, eine Auffassung, die der Vorsitzende energisch zurückweist. Trotzdem und obwohl das Gericht auspricht, daß der Angeklagte in unverantwortlicher Leichtsinnger Weise gehandelt, erfolgt Freisprechung entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, der auf 4 Monate Gefängnis gelaufen. (15. Sept.)
97. Schutzmann Hermann Lehmann wird von der Mannheimer Strafkammer wegen Körperverletzung im Sinne des § 340 R.-St.-G. B. zu 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte einen gelegentlich einer Arretierung mitgehenden Zeugen am Halse gepackt, ihn die Kravatte heruntergerissen, dann auf der Wache ihn zweimal auf eine Bank geworfen, daß er den Kopf an die Wand stieß, ihn zu Boden geschleudert, und schließlich wieder auf die Straße geworfen. (Frankf. Jtg. 16. Sept.)
98. Durch die Begnadigung des Schutzmanns Walstab zu 20 M. Geldstrafe wird bekannt, daß derselbe wegen Vergehens im Amte (Freiheitsberaubung) von der Breslauer Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (1. Oktober.)
99. Polizeiergeant Rind wird von der Haller Strafkammer wegen Körperverletzung im Amte zu 30 M. Geldstrafe ev. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte einen Arretierten mit der Anzeilkette über den Kopf geschlagen und geprügelt. (5. Okt.)
100. Schutzmann Frelandt wird zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er auf der Polizeiwache einem Sistrin, gereizt durch dessen Worte: „Das ist gelogen!“ eine Ohrfeige gegeben. (6. Oktober.)
101. In dem Prozesse vor dem Landgericht I gegen Stadthagen wegen Beleidigung durch die Presse wird durch zahlreiche Zeugen — wie durch Vorlegung der Aktenstücke aus dem Prozesse Felsmann-Langenbielan, der zweimal freigesprochen, weil der Beweis gelungen, daß auf Berliner Polizeiwachen so gehandelt werde, daß es sich anhöre, als ob Teppiche geklopft würden — die Behauptung des Angeklagten, daß auf Berliner Polizeiwachen in vielen Fällen Mißhandlungen von Arretierten vorgekommen, erwiesen. Auch daß Gendarm Kibisch einen aus geringfügiger Ursache arretierten Tischler ohne Veranlassung mit dem Revolver ins Gesicht geschlagen, hielt der Gerichtshof für erwiesen. Trotzdem wird St. wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten v. Winheim zu 300 M. verurteilt, weil er hinzugefügt, daß der Polizeipräsident von diesen Mißständen wisse und nichts thue, denselben abzuwehren. — Durch die Vernehmung des Polizeipräsidenten wird u. a. festgestellt, daß derselbe seiner Zeit von einer Mißstände bei der Berliner Polizei behandelnden Sitzung der Stadtverordneten nichts erfahren: er sei nicht verpflichtet, alle Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu lesen. (22. Juli, 6., 7., 8., 23., 26. Okt., 25. Nov.)
102. Von der Düsseldorf Strafkammer werden zwei Polizeibeamte zu 5 resp. 3 Monaten wegen Mißhandlung eines Arretierten verurteilt, nachdem vorher der Mißhandelte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt worden. In der Verhandlung wird ein Beamter wegen Verdacht des Meineids verhaftet. (5. Okt.)
103. Polizeiergeant Dr. wird laut Bericht der „Berl. Abendpost“ von der Strafkammer zu Preussisch-Stargard wegen Körperverletzung, Bedrohung und wesentlich falscher Anschuldigung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte seinem Hauswirt Schulz, als dieser ihm die Wohnung gekündigt, mit dem Säbel mehrere derraufenen wütende Hiebe auf den Kopf versetzt, daß er längere Zeit in Lebensgefahr schwebte, und später noch die wahrheitswidrige Anzeige erstattet, daß Schulz ihn zuerst mit einem Besenstiel geschlagen habe. (Berl. Abendpost, 11. Okt.)
104. Kriminalschutzmam Dünow wird wegen gemeinschaftlich mit dem Buchhalter Buch verübter Verleumdung und Fälschung von Urkunden von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (15. Sept., 12. Okt.)
105. Vor dem Schwurgericht zu Halle befindet in einem Meineidsprozesse der Stupfermeister Döhme als Zeuge unter seinem Eide, daß er auf Grund falscher Aussagen eines früheren Polizeiergeanten, der auch die jetzige Angeklagte zum Meineide überredet haben soll, unschuldig wegen wesentlich falscher Anschuldigung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt sei. Eine Zeugin beidert, daß Schutzmleute in Uniform und Zivil öfter in einem Freudenhause verkehrt und dort Bier gratis angenommen haben. (12. Okt.)
106. Die „Berliner Abendpost“ meldet, daß der kürzlich in Wartenburg in Ostpreußen nach Elberfeld versetzte Gefängnis-Polizei-Inspektor Biskup auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Wartenburg wegen Verbrechen im Amte verhaftet worden. (14. Okt.)
107. Der frühere Polizeiergeant Kindler zu Halle wird wegen Vergehens im Amte und Mißbrauch der Amtsgewalt zu ein Jahr Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte ein Dienstmädchen ohne Grund arretiert und ihm unbillige Anträge gemacht, und auch ein anderes Mädchen mit unbilligen Anträgen belästigt, unter Androhung, er werde sie unter sittenpolizeiliche Kontrolle stellen, wenn sie sich ihm nicht hingebe. (14. Okt.)
108. Der frühere Schutzmam Thorswirth wird von der Strafkammer in Mühlhausen i. E. wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs zu 6 Monaten Gefängnis — Staatsanwaltsantrag 3 Monate — verurteilt, weil er einem etwas angetrunkenen Arbeiter, der nicht sofort zum Redierbureau mitgehen wollte, mit einem Dörsenmesser mehrmals über den Kopf gehauen, daß er bewußtlos und blutüberströmt niederfiel. Thorswirth war im vorigen

Jahre als Schutzmam entlassen worden, weil er eines Abends eine anständige Frau, welche sich gegen 11 Uhr nachts nach Hause begeben wollte, unter dem Vorgeben, sie sei eine Dirne, auf die Wache hatte führen wollen, war aber als Rechtskonsulent von der Polizeidirektion beibehalten worden. (18. Oktober.)

109. Schutzmam Ulrich wird von der Potsdamer Strafkammer wegen Amtsvergehens zu 2 Monaten Gefängnis — Staatsanwaltsantrag 1 Jahr — verurteilt, weil er Prostituirte nicht arretirt resp. ihr anstößiges Treiben nicht angezeigt hatte, aus dem Grunde, weil er mit ihnen intim verkehrte. (18. Oktober.)
110. In Straßburg i. E. verhaftet ein Schutzmam eine völlig unbescholtene und unbestrafte Melnerin, die nach Schluß des Geschäfts um Mitternacht nach Hause will, vor ihrer Haustür ohne jeden Grund unter der Angabe, sie warte auf einen Soldaten. Nachdem sie auf der Polizeiwache in der unsanftesten Weise zur Thür hineingeworfen, wird sie dort in ungeheiztem Arrestlokal mit offenem Fenster bis morgens 8 Uhr eingesperrt gehalten, dann zum Bürgerhospital geführt, wo sie sich von einem Arzte untersuchen lassen muß. Erst dann wird sie entlassen. (21. Okt.)
111. Polizeiergeant Pappendick wird laut Meldung der „Berliner Jtg.“ von der Donner Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechen, verübt an einem 13jährigen Kinde, das er in die Polizeiwache gelockt, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Staatsanwaltsantrag: 1 1/2 Jahre Zuchthaus. (26. Okt.)
112. Polizeiergeant Herzig aus Wünschelberg wird wegen wissenschaftlichen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust verurteilt. Derselbe hatte in einer von ihm angefertigten Beleidigungsklage wahrheitswidrig beidert, daß er niemals Kohlen aus dem städtischen Kohlenvorrath entwendet und auch von solchen Diebstählen seitens seiner Frau nichts wisse. (28. Okt.)
113. Ein Schutzmam in Plauen wird zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er einen Jernmergellen, den er wegen lauten Singens verhaften wollte, damit mit dem Säbel bearbeitet hatte, daß er sechs Wochen im Krankenhaus zubringen mußte. (28. Okt.)
114. Einem Berliner Arbeiter, der sich bei dem Magistrat einer Provinzialstadt um die Stellung eines Kassendoten bewirbt, schreibt die Polizei in das keinerlei Bestrafung aufweisende Führungsattest, daß er Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins gewesen, Abonement des „Vorwärts“ sei und noch Anhänger der Sozialdemokratie sein solle!!! (29. Okt.)
115. Schutzmam Hoffschmidt in Hannover wird wegen bringenden Verdachts des Sittlichkeitsverbrechens an Kindern unter 14 Jahren verhaftet. („Berl. Abendpost“, 30. Okt.)
116. Die Weuthener Strafkammer verurteilt laut Meldung der „Berl. Zeitung“ den Polizeiergeanten Ossadja zu 9 Monaten Gefängnis, weil er einen in angetrunkenem Zustande auf seinem Pressstein sitzenden Arbeiter ohne jede Veranlassung mit dem Säbel schwer mißhandelt hatte. (6. Nov.)
117. Schutzmam Klinge aus Rixden bei Dresden wird wegen Hausfriedensbruch, Beamtenbeleidigung, Bedrohung und Sachbeschädigung verhaftet. Derselbe hatte in Restaurationen Gäste insultirt und wurde nur mit Mühe davon abgehalten, mit seinem Seitengewehr auf Beonten und Publikum einzuschlagen. (9. Nov.)
118. In St. Pauli faßt ein Polizeibeamter eine verheiratete Frau, die mit ihrer Verwandten ins Theater gehen wollte, auf der Straße am Arm und befördert sie zur Wache, weil er sie fälschlich für eine seit längerer Zeit geuchte Besucherin der großen Bierhalle hält. (11. Nov.)
119. Schutzmam Bartels aus Jechwitz wird vom Dessauer Schwurgericht wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenbesitzung zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. („Berl. Abendpost“ 12. Nov.)
120. Als ein Offizier den belebten Bürgersteig der Mathenowerstraße in Berlin trotz der Proteste der sich ansammelnden Menschenmenge entlang reitet, wendet sich ein Schutzmam, nach dem Bericht der „Berliner Zeitung“, nicht gegen den Offizier, sondern gegen das Publikum, das er zum Auseinandergehen auffordert. (12. Nov.)
121. In dem Prozeß gegen Wilh. Wolff vor dem Meitwiger Landgericht gelangt im Wiederanfrage-Verfahren der Beweis, daß der frühere, inzwischen verstorbene Amtsvorsteher Schneider und sein Amtsassistent Binarel in schamloser Weise mit Schauffonzessionen Handel getrieben. Wolff, der das Verfahren der beiden Polizeiergeanten bei der Regierung angezeigt, war in der ersten Verhandlung wegen Beamtenbeleidigung u. s. w. zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Erst nach dem Tode Schneiders fand 2. Zeugen für seine Behauptungen; vorher hatten die Leute sich gefürchtet, gegen den Amtsvorsteher aufzutreten. W. wurde freigesprochen, nachdem der Staatsanwalt, weil der Wahrheitsbeweis „nicht völlig geglättet“ sei, 3 Monate Zuchthaus beantragt hatte. (18. Nov.)
122. Schneidbergelasse F. o. r. e. n wird von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt freigesprochen, nachdem das Kieler Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß derselbe auf der Polizeiwache durch Schutzmleute gemißhandelt worden und aus Nothwehr gehandelt habe. (19. Nov.)
123. Gendarm Kie me e muß vor Gericht zugeben, daß er zur Zeit der Reichstagswahl in Zorgan Wahlplakate, die Genosse Kleiß habe anbringen lassen, ohne Auftrag seiner Vorgesetzten abgerissen hatte. Er habe sich dazu für berechtigt gehalten, weil bei der Erstwahl 1897 der Landrath Wichand zu ihm gesagt habe, er solle solche Plakate abreißen. (1. Dez.)
124. Durch die auf allerhöchsten Befehl erfolgte vorläufige Aussetzung des Strafantritts wird bekannt, daß drei Danziger Schutzmleute Hilpert, Seele und Lehmann wegen widerrechtlicher Arretierung und Mißhandlung des Referendars Erdmann zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Gnadengesuche waren vom Justizminister und Minister des Innern abschlägig beschiednen worden. Der Befehl zur vorläufigen Aussetzung des Strafantritts soll in Folge einer den Schutzmleuten vom Kaiser gewährten Audienz erfolgt sein (4. Dez.), was vom kaiserlichen Hauptquartier für unrichtig erklärt wird. Danach soll den Schutzmleuten nur von dienstthuenden Adjutanten die Abgabe eines Gnadengesuches bescheinigt sein. („Berl. Abendpost“ 10. Dez.)
125. Polizeiergeant Karl Koller in Jaberze wird wegen schwerer Körperverletzung im Amte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung ergibt sich, daß K. wegen Körperverletzung mehrfach vorbestraft ist und gegenwärtig wegen des gleichen Vergehens eine 9monatige Gefängnisstrafe verbüßt. (7. Dezbr.)
126. Die Düsseldorf Strafkammer verurtheilt den Polizeiergeanten Jansen wegen vorsätzlicher Mißhandlung im Amte zu vier Monaten Gefängnis. Derselbe hatte einen Fabrikarbeiter (bei schon nicht völlig einwandfreier Verhaftung) auf dem Transport zur Wache mit Faustschlägen ins Gesicht und nach dem Verlassen des Büchsenlokal ohne Veranlassung mit blanken Säbelhieben auf den Kopf geschlagen, so daß derselbe 6 Wochen arbeitsunfähig war. (9. Dezbr.)
127. Gendarm Lemde schlägt einen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt Verurtheilten nach der Verhandlung vor dem Sitzungssaale mit der blanken Waffe derart, daß sich die Klinge trumm biegt und berust sich, in der Verurtheilung vor der Kieler Strafkammer, auf seine Instruktion, welche lautet: „Wer nicht gehorcht, kriegt Hau.“ (9. Dez.)
128. Die Magdeburger Strafkammer verurtheilt wegen Körperverletzung den Schutzmam Geißler zu 6, den Schutzmam Niehoff zu 4 Monaten Gefängnis. (9. Dez.)
129. Schutzmam Rischlo in Vorn wird wegen Körperverletzung im Amte zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. (13. Dez.)
130. Der aus dem Dienst entlassene Schutzmam Heinrich ver-schwindet aus Moabit mit Hinterlassung beträchtlicher Schulden. (18. Dez.)
131. Bei der Verhandlung gegen einen Kandidaten der Medizin in Breslau, der wegen Aufhetzung und Widerstand gegen die

Staatsgewalt angeklagt in zwei Instanzen freigesprochen wird sich heraus, daß der Schutzmam Dusch denselben ohne stichhaltigen Grund verhaftet und gefesselt zur Wache transportirt hatte. („Abendp.“, 29. Dez.)

Nochmals der Landrath als Wahl-Agitator.

Der Prozeß wegen Beleidigung des Königsberger Landraths von Meerseid-Hällessem, den die Staatsanwaltschaft gegen die „Deutsche Tageszeitung“ eingeleitet hatte, wurde gestern hier verhandelt und endigte mit einer Verurtheilung des angeklagten Redakteurs. Es wurde auf 100 M. Geldstrafe erkannt. In Königsberg ist bekanntlich vor kurzem der Redakteur unseres dortigen Parteiblattes gleich dem Redakteur der „Ostpr. Jtg.“ in der gleichen Beleidigungssache freigesprochen worden.

Ueber die gestrige Verhandlung geht uns folgender Bericht zu: Der Beleidigungsprozeß gegen den Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Gustav Streifflie, gelangte gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Hoppe zur Verhandlung. Straftragssteller war der Landrath des Kreises Königsberg, Geh. Reg.-Rath Freiherr v. Meerseid-Hällessem, welcher sich durch einen am 14. Juli vorigen Jahres in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienenen Artikel beleidigt fühlt. Bei der Reichstagswahl hatten sich die Konservativen im Kreise Königsberg bekanntlich gespalten. Der bisherige Vertreter im Reichstage Graf Dönhoff-Friedrichstein war dem Bunde der Landwirthe und einem Theile der Konservativen mißliebiger geworden, weil er für den Abschluß des russischen Handelsvertrages eingetreten war. In einer gemeinsamen Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirthe und der Konservativen war Graf Dohna-Wundloden als konservativer Kandidat aufgestellt worden, dann war die Gegenkandidatur des Grafen Dönhoff aufgetaucht und der Landrath v. Hällessem soll in dieser Vertrauensmänner-Versammlung versprochen haben, sich in diesem Streite der Konservativen neutral zu verhalten. In dem inkriminirten Artikel wurde nun dem Landrath der Vorwurf gemacht, daß er in unzulässiger und ungeschicklicher Weise Wahlbeeinflussung zu Gunsten des Grafen Dönhoff betrieben habe, daß er seine amtliche Stellung gemißbraucht habe, indem er die Gastwirthe seines Kreises angeblich zu einer Steuerbesprechung auf das Landrathsamt beschiednen und ihnen dort durch den Mund des Steuersekretärs seinen Wunsch, daß Graf Dönhoff gewählt werden möge, kund gethan habe. Der Landrath habe sich Versprechen gebrochen und damit nicht im Interesse der staatsbehaltenden Parteien gewirkt; ein solches Treiben komme nur den Sozialdemokraten zu Gute und es wäre nicht gut, wenn noch mehrere Kreise solche Landräthe hätten. — Der Angeklagte bestritt die Absicht und das Vorliegen einer Beleidigung. Der Redakteur der „Ostpreussischen Zeitung“ habe die Wahrheit jener Thatsachen seiner Zeit in dem gegen ihn angestrenzten Prozeß bereits nachgewiesen und sei deshalb vom Gericht freigesprochen worden, obgleich seine Angriffe auf den Landrath viel schärfer gewesen seien. Der ganz selbständige Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ kritisirte das unzulässige Verhalten des Landraths in durchaus berechtigter Form. — Die Beweisaufnahme ergab Folgendes: Durch die kommissarische Vernehmung einer ganzen Anzahl von Gastwirthen ist festgestellt worden, daß diese in einer Steuer-Konferenz auf das Landrathsamt beschiednen worden seien und bei dieser Gelegenheit der Steuersekretär Trampenaу ihnen gesagt habe, der Landrath wünsche die Wahl des Grafen Dönhoff, oder daß sie gefragt worden seien: Sie wählen doch den Grafen Dönhoff? und dergleichen mehr. Einer der Zeugen hat auch ausgesagt, daß kurz vor der Wahl der Landrath v. Hällessem bei ihm vorgefahren sei und ihm gesagt habe: „Ich habe Ihnen geholfen, Sie werden mir nun auch helfen. Sie wissen doch, was Sie zu thun haben?“ — Steuersekretär Trampenaу hat bei seiner Vernehmung bekundet: Er habe vom Landrath den Auftrag erhalten, die Gewerbetreibenden der dritten und vierten Steuerklasse auf das Landrathsamt zu berufen und ihnen eine steuerliche Mittheilung zu machen. Gleichzeitig sei er beauftragt worden, von den Gastwirthen Informationen über den Stand der Reichstags-Wahlen einzuziehen, ob die Sozialdemokraten in geheimen Kondensateln wirken, wie agitirt werde u. dgl. Dabei habe der Landrath auch geäußert, Graf Dönhoff sei sein Parader Pferd, er würde es gern sehen, wenn er gewählt würde. Er habe ihm, dem Steuersekretär an die Hand gegeben, dies den Gastwirthen zu verstehen zu geben, ihn aber gewarnt, sich einer Wahlbeeinflussung schuldig zu machen. — Aus der kommissarischen Vernehmung des Landraths von Hällessem ist folgendes hervorzuziehen: Es sei unrichtig, wenn der Freiherr von Sodenstern, Mitglied des Kreis-Ausschusses, behauptet habe, daß er (der Landrath) in einem Briefe an ihn Wahlbeeinflussung zugegeben habe. Er habe auch kein Versprechen abgegeben, bei der Wahl neutral zu bleiben. In einer Versammlung habe er nur erklärt, daß er vor zwei Kandidaten stehe, die schließlich doch aus demselben Lager kämen und daß ihnen gegenüber die Sozialdemokraten stehen. Thatsächlich habe er sich neutral verhalten und für keinen der beiden Kandidaten gestimmt, sondern in Königsberg für Frenzel. Als dann Gerüchte auftauchten, daß er doch für den Grafen Dohna eintrete, habe er sich etwa dahin geäußert: „Mein Pferd in diesem Rennen ist Graf Dönhoff, der ich so oftmals eingefommen und wird auch diesmal das Rennen gewinnen.“ Er habe in diesem Sinne auch dem Steuersekretär erklärt, den Leuten bei Gelegenheit nicht zu verschweigen, daß Graf Dönhoff sein Kandidat sei, sich aber jeder Wahlbeeinflussung zu enthalten. Er habe den Steuersekretär als Sprachrohr in dieser Weise benutzt. Er bestreite, seinen amtlichen Einfluß zu Gunsten des Grafen Dönhoff ausgeübt zu haben; er sei überhaupt in diesem Wahlkampfe sehr wenig thätig gewesen. — Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen.

Staatsanwalt Dr. Eger hielt die Anklage aufrecht, die sich nur auf § 185 St.-G.-B. erstreckt. Die dem Landrath Freiherrn v. Hällessem gemachten Vorwürfe seien durchaus nicht zutreffend. Der Steuersekretär habe auf Weisung des Landraths den Steuerinteressenten Mittheilung über eine Steuerangelegenheit gemacht und dabei mit Wissen des Landraths durchbilden lassen, daß der Kandidat des Landraths der Graf Dönhoff sei. Ganz abgesehen von der Frage, ob ein solches Verfahren nicht lieber unterblieben wäre, da dadurch der Schein der Parteilichkeit entstehen könnte, so sei doch entschieden in Abrede zu stellen, daß der Landrath ungeschicklich gehandelt habe und die schweren Vorwürfe verdiene, die der Artikel gegen ihn erbeude. Er beantrage 100 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. — Als Vertreter des Nebenklägers schloß sich Rechtsanwalt Krause diesem Antrage vollständig an. — Rechtsanwält Rayer II war dagegen der Ansicht, daß Herr v. Hällessem sein Verprechen, sich neutral zu verhalten, nicht gehalten habe, sondern durch sein Sprachrohr, den Steuersekretär Trampenaу, für den Grafen Dönhoff eingetreten sei. Wenn in dieser Weise die Gastwirthe auf das Landrathsamt beschiednen werden und ihnen dann mit Rücksicht gesagt werde: Der Kandidat des Landraths sei der Graf Dönhoff! so sei dies eine ungeschickliche, unzulässige und unerlaubte Wahlbeeinflussung. Thatsächlich habe der Artikel recht, wenn er behauptet, daß es in unserem Vaterlande schlecht bestellt sein würde, wenn noch mehr Kreise solche Landräthe hätten. Der Artikel enthalte somit eine gerechte Kritik, nicht aber eine Beleidigung, und dem Angeklagten als Vertreter des Organs des Bundes der Landwirthe siehe der § 193 zur Seite. — Der Staatsanwalt bestritt dies und

gegenseitige, daß der Angeklagte einen so entwürdigten Artikel geschrieben haben würde, wenn der Landrat v. Hüllessem für den Grafen Dohna eingetreten wäre. Jedenfalls sei dem Herrn v. Hüllessem eine Gefährdung und kein Ansehensverlust vorzuziehen. Er könne doch nicht so weit gehen, dem Landrat zuzurufen, daß er über die Wahl der Vollständigen Schweigen beobachten müsse. Der wiederholt von maßgebender Stelle ausgesprochenen Ansicht sei es sogar Aufgabe der politischen Beamten, für die jeweilige Politik der Regierung einzutreten. Es seien ja doch auch viele Landräthe Abgeordnete und müssen als Mandatäre sich direkt in den Wahlkampf stellen, in öffentlichen Versammlungen ihr Programm entwickeln u. s. w. Im vorliegenden Falle könne es nur freitragend sein, ob es zweckmäßig war, daß der Landrat bei einer bestimmten dienstlichen Gelegenheit den Gastwirthe seine Ansicht über den zu wählenden Kandidaten sagen ließ. — Der Angeklagte machte noch geltend, daß Graf Dönhoff nicht als konservativer Vertreter gelten könne, da sich unter den für ihn abgegebenen Stimmen auch viele Liberale befunden haben. Er nehme den § 163 für sich in Anspruch und beantrage seine Freisprechung. — Der Gerichtshof erklärte auf 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Haft und sprach dem Verleumdeten die Publikationsbefugnis zu. Der Gerichtshof hielt für erwiesen, daß die Gastwirthe auf das Landratsamt beschieden und zu Gunsten eines bestimmten Kandidaten bearbeitet worden seien. Der Angeklagte habe von seinem Standpunkte aus dieses Verhalten für ungesetzlich halten können, und er sei wegen dieses Ausdrucks freigesprochen worden. Dagegen habe der Gerichtshof den Passus des Artikels für beleidigend erachtet, in welchem gesagt werde, daß Herr v. Hüllessem „aus persönlichen Rücksichten“ die Thätigkeit der staatsverhaltenden Parteien durchkreuzt und sich die Männer der staatsverhaltenden Parteien tief verlegt, so „solchen Treiben“ abwendet. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 zugewilligt, die Schutzzrenzen aber für überschritten erachtet.

Die Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets.

Wochensitzung, den 1. Januar 1899.
Seitens der Ruhrbergleute wurde bekanntlich im Oktober v. J. eine Lohnbewegung eingeleitet. In drei Massenversammlungen gelangten Resolutionen zur Annahme, durch welche nachfolgende Forderungen erhoben wurden: a) Ein Lohnzuschlag von 10 pCt. für alle Bergarbeiterklassen; b) Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen; c) volle Vereinigungsfreiheit; d) Verbesserung der Grubenkontrolle durch Anstellung selbstgewählter Hilfskontrollanten aus den Reihen der Arbeiter.

Die Versammlungen, in denen die Resolutionen und zwar einstimmig angenommen wurden, beauftragten den Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes, die Forderungen unter a) den einzelnen Grubenverwaltungen zu unterbreiten. Zwei in Dortmund und anderwärts Versammlungen wurden vereitelt. Die erste durch Verbot auf Grund einer Polizeiverordnung; die zweite durch Abweisung des Lokals. In der letzteren Versammlung hatten sich über 3000 Personen eingefunden; den Segnern der Arbeiter zum größten Theil wußte man aber auch ohne Versammlung den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Die zurückkehrenden Mannen wurden einzeln über ihren Standpunkt zu den bekannten Resolutionen befragt. Die Antwort lautete ausschließlich bejahend.

Zunächst ließ der Vorstand des „alten“ Verbandes den einzelnen Grubenverwaltungen die betreffenden Forderungen zugehen. Wie bei dem bekannten vorurteillichen Standpunkte kaum anders zu erwarten, erlangten die Arbeiter nicht einmal eine Antwort. Gemäß dem ihm gewordenen Auftrage berief dann der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes nach Ablauf der den Grubenverwaltungen zur Beantwortung der Eingaben gestellten Frist auf den 1. Januar 1899 nach Bochum einen Delegirtenkongress zwecks Beratung und Beschlußfassung über nun zu unternehmende Schritte.

Zu dem Delegirtenkongress, der vom Verbandsvorstandenden Müller eröffnet und geleitet wurde, hatten sich 115 Vertreter eingefunden, außerdem war der gesammte Vorstand des „alten“ Verbandes anwesend. Müller machte zunächst die den Verwaltungen zugegangenen Eingaben bekannt, und knüpfte daran die Bemerkung, daß nicht eine einzige Verwaltung den Eingang der Eingabe bestritten habe. Darauf hielt Redakteur Huß ein Referat über das Thema: „Warum reichen wir eine Lohnforderung ein?“ Redner führte seine Ausführungen dahin zusammen: Weil der Lohn der Bergleute gemäß der gesteigerten Leistung sich nicht gehoben hat; weil die gesteigerten Lebensmittelpreise eine Lohnaufbesserung erfordern; ganz besonders aber auch, weil die Indufarie zu einer Lohnaufbesserung in der Lage ist. Die Durchschnittslöhne, so führte der Referent weiter aus, sind seit 1895 um 20 pCt. gestiegen, dagegen erfährt der Unternehmergewinn eine Steigerung von 80—100 pCt. Der Unternehmergewinn hat sich aber gesteigert ohne Zuthun, ohne Arbeitsleistung der Aktionäre, die Lohnsteigerung der Arbeiter ist aber vielfach nur ein Resultat direkter Arbeitszeitverlängerung, oder aber der größeren Anspannung der Arbeitskraft, in den übrigen Fällen durch Verfabrung von Ueberflüssen. Die tatsächliche Lohnzulage ist eine äußerst minimale. Die Berechnungen in der Unternehmerpresse beruhen auf Vierteljahrsdurchschnitten, berechnet nach der verdienten Lohnsumme, — aber ohne Berücksichtigung der verfahrenen Ueberflüssen. Auf eine solche Weise kommt dann eine Lohnsteigerung zu Stande. Aber ganz gleich, auf welche Weise der Bergmann sein Einkommen vergrößert hat, auf keinen Fall ist die Steigerung genügend. Nach dem Essener Handelskammerbericht sind die Lebensmittelpreise um 25 pCt. gestiegen, dazu kommt noch eine starke Steigerung der Mieten. Den Mehrflüssen gegenüber muß die Einkommenssteigerung unbedingt als unzulänglich bezeichnet werden. Nun will aber, wie wir erfahren, der Unternehmer von einer Lohnaufbesserung nichts wissen. Was sollen wir nun thun? Streiken wollen die Bergleute, heißt es bei den Reimungschriftleibern, ein Beweis dafür, daß die Herren von der Presse keine Ahnung haben, oder aber nur aus Sensationslust solche Mähr verbreiten. Das ist sicher, Streikluft ist da (Wiesche Jurine: Ja, gewiß!), auch hat der „alte“ Verband so viel Einfluss, sofort 50—70 000 Bergleute zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen und die übrigen würden dann folgen. Aber was würden wir mit einem Streik erreichen? Daß der augenblicklichen Spannung auf dem Geldmarkte über Nacht eine industrielle Krise folgte! Dann würde man die Arbeiter verantwortlich machen für die gesammten volkswirtschaftlichen Schäden. Aus Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage ist an einen Streik nicht zu denken. Das sei nochmals ausdrücklich betont: unser Einfluß ist bedeutend genug, um einen Streik durchzuführen, trotzdem wollen wir uns nicht verhehlen, daß unserer Bewegung noch vieles mangelt in Bezug auf Straffheit und Geschlossenheit. Diese Mängel zu heben, müssen wir uns bestreben, damit, wenn wieder ein so günstiger Zeitpunkt an uns herantritt, wir eine Anerkennung unserer Forderungen erzwingen können. Im Weiteren legte Redner noch die bedauerliche Haltung des Gewerbetreibenden resp. dessen Führer dar. Durch das Treiben dieser Leute wurden die Indifferenten dupirt, so daß diese noch gleichgültiger wurden und so unwillkürlich eine Schutztruppe des Kapitals bildeten. Bezüglich des von den Gegnern so oft und zwar in verkehrtester Weise angezogenen Standpunktes des Verbandes zur Religion und Politik habe er zu erklären, mit irgend welcher politischen Partei habe der Verband nichts zu thun; er lasse sich selbst von keiner Partei leiten, mache aber auch seinen Mitgliedern durchaus keine Vorschriften betrefte ihrer politischen Gesinnung. Kommen wir zum Schluß. Freiwillig giebt der Unternehmer nichts. Unser Verband muß ausgebaut werden zu einer ausschlaggebenden Macht, sonst werden wir das Kapital zu seiner Korzeffion zwingen. (Zustimmender Beifall.)

Sodann wurde die von uns schon in der gestrigen Nummer bekanntgemachte Resolution, die sich im Sinne des Referats bewegte, einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Ausbau des Verbandes. Sprach der Verbandsvorstand Schröhl. Redner führte aus, daß ähnlich wie in anderen Organisationen auch im Bergarbeiter-Verband eine starke Blutmischung des Mitgliederstandes zu verzeichnen sei. Bei 15 000 Neuaufnahmen im vergangenen Jahre, sei der Verband thatsächlich nur um 5—6 tausend Mitglieder gewachsen. Es müsse ein Bindemittel geschaffen werden, um eine größere Stabilität zu erzielen. Dies Mittel könne nur gefunden werden in Einführung einer Unterstützung. Er unterbreitete der Versammlung nachfolgende Resolution zur Annahme:

Der Delegirtenkongress der Verbandsmittelglieder im Ruhrgebiet erkennt an, daß ein weiterer Ausbau der Organisation im Sinne der Schröhl'schen Darlegungen absolut nöthig ist, wenn der Verband sich zu einer Achtung gebietenden Macht entwickeln soll. Der Delegirtenkongress ist damit einverstanden, daß zunächst in Form einer Unterstützung für in Noth gerathene Verbandsmittelglieder der erste Schritt zu dem erstrebten Ziele gethan wird. Der Vorstand wird ermächtigt, der in Halle 1899 stattfindenden Generalversammlung diesbezügliche Vorschläge zu machen, deren Annahme im Interesse unserer Organisation dringend zu empfehlen ist.

Einige Redner sprachen sich gegen Einführung einer Unterstützung aus, schließlich gelangte aber die Resolution, nachdem eine andere, dieser entgegenstehende, abgelehnt war, zur Annahme. Nach kurzer Debatte über die Delegation zur Generalversammlung schloß nach 3 1/2 stündiger Tagung der Vorsitzende den Delegirtenkongress.

Lokales.

Die Parteigenossinnen und Genossen des zweiten Reichstagswahlkreises werden auf die am nächsten Sonntag Schönleinstr. 6 stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und zu zahlreichem Besuch eingeladen. Nach dem Vortrage genüßliches Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Die Geburtenziffer Berlins

Ist, nachdem sie 1876 die außerordentliche Höhe von 47,19 pro Mille der Bevölkerung erreicht hatte, seitdem fast ununterbrochen zurücksgegangen und ist namentlich in den letzten Jahren sogar unter den bis dahin tiefsten Stand dieses Jahrhunderts gesunken. Nach Angabe des neuesten Berliner „Statistischen Jahrbuch“ (pro 1896) stellte sie sich 1894, 1895, 1896 auf 30,14, 29,41, 29,48 pro Mille, während bisher 1847, 1848, 1849 mit 31,90, 31,79, 29,8 das Minimum gehabt hatten. Das „Jahrbuch“ sagt, es dürfe daraus noch nicht auf eine entsprechende Abnahme der Fortpflanzungsverhältnisse der Bevölkerung geschlossen werden. Die Geburtenziffer ist nur von der Gesamtzahl der Bevölkerung abgeleitet, während die Fortpflanzung in erster Linie von der Zahl der Ehefrauen in den entsprechenden Altersklassen abhängt, also hier, ebenso wie bei anderen Elementen der Bevölkerungsbewegung, die höhere oder niedrigere Zahl durch die eigenthümliche Zusammenfassung der großstädtischen Bevölkerung wesentlich beeinflusst wird. Daß die Geburtenziffer auch durch Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse, Vertheuerung der Lebensmittel u. s. w. sehr erheblich beeinträchtigt werden kann, ist bekannt. — Bemerkenswerthe Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Stadttheilen. 1894, 1895, 1896 hatten die niedrigsten Geburtenziffern: Friedrichstadt 13,76, 14,01, 14,02, Altstadt 16,99, 15,90, 15,62, Schöneberger Vorstadt 18,79, 17,57, 17,68, diesseitige Luisenstadt 20,04, 18,74, 19,61; andererseits die höchsten: Stralauer Viertel östlich 28,79, 35,88, 37,02, jenfeitige Luisenstadt östlich 39,40, 37,74, 35,07, Moabit westlich 40,61, 38,55, 38,50, Wedding 40,83, 40,44, 39,87, Rothenthaler Vorstadt nördlich 40,49, 41,15, 40,16. (Die in der Charité und in der geburtsärztlichen Klinik Geborenen sind den Standesämtern zugezählt, in denen die Mütter wohnten.) Diese Unterschiede erklären sich ebenfalls aus der Verschiedenartigkeit der Bevölkerungszusammensetzung. In erster Linie kommt hier der Einfluß der sozialen Stellung in Betracht. Im allgemeinen haben, wie aus den oben angeführten Beispielen ersichtlich ist, die an der Peripherie gelegenen, neu bebauten, vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadttheile die höchsten Geburtenziffern, die aber jetzt natürlich gleichfalls sehr erheblich hinter diejenigen früherer Jahre zurückstehen. Wie sehr die Geburtenhäufigkeit bei der Arbeiterbevölkerung über den allgemeinen Durchschnitt hinausgeht, das tritt überraschend hervor, wenn man die Geborenen nach Geburt und Arbeitsstellung der Eltern gliedert. Wird der Durchschnitt der 1895 und 1896 Geborenen mit dem Ergebnis der Verursachung von 1895 verglichen, so ergibt sich für die ehelich Geborenen bei den Arbeitnehmern eine verhältnißmäßig doppelt so hohe Geburtenzahl (in einzelnen Berufsgruppen — z. B. Metallverarbeitung, Holz- und Schnitzstoffe, Welleidung — sogar eine rund dreimal so hohe) wie bei den Arbeitgebern, wobei allerdings wiederum zu beachten ist, daß die Alterszusammensetzung dieser beiden Bevölkerungsklassen nicht gleich ist.

Zu einem häßlichen Austritt kam es am Montag abends bei der Verdringung eines Arbeiters. Unser verstorbenen Parteigenosse Stodarbeiter Robert wurde am Nachmittage von einer Anzahl seiner Freunde nach dem Charité-Kirchhof zu Grabe geleitet. In der Müllerstraße wurde ein Theil der Leidtragenden, der vor dem Leichenwagen herschritt, plötzlich von Schulknerten angehalten. Die Polizisten stellten das Ansehen an sie, hinter dem Wagen zu marschieren und packten einige Personen an die Brust, als sie sich solcher Aufforderung nicht fügen wollten. Die Bedrängten mußten ihre ganze Energie aufwenden, um die Schulknerten in ihre Schranken zurückzuweisen. Schließlich fügten die Beamten sich dem auch; sie ließen die Leidtragenden weiter vor dem Wagen marschieren, gaben aber dem Leichenzug bis zum Kirchhofe ihr durchaus unerbetenes Geleit.

Die städtische Turnhalle Wasserthorstr. 81 steht der turnfreudigen jugendlichen Arbeiterschaft jetzt ebenfalls zur Verfügung. Die VII. Lehrlingsabtheilung des Turnvereins „Fichte“ läßt dort Montags und Donnerstags Abends von 8—10 Uhr.

Was alles während der Weihnachtszeit in den Droschen zurückgelassen worden ist, davon giebt die Statistik über die vom 16. bis 29. Dezember v. J. im Vereinsbureau Berliner Droschkensluffer eingeheltesten Hundstunde Kenntniss. Obenan stehen, wie immer, die Schirme, von denen nicht weniger als 28 „in Gebanken“ liegen geblieben sind. Dazu gesellen sich sechs Spazierstöcke, während die Zahl der Drempelgläser, die sonst immer in großer Menge in den Droschen vergessen werden, sich diesmal nur auf drei beläuft, was sich wohl aus dem vor Weihnachten stets geringeren Theaterbesuch erklärt. Reum verlorene Puffen beweisen, daß ihre Besizerinnen viele Weihnachtsgeschenke bei sich hatten, denn sonst würden sie wohl schwerlich diesen im Winter ihnen so unentbehrlichen Gegenstand aus der Hand gelassen haben. Andere haben wieder die Weihnachtsgeschenke vergessen; das beweisen u. a. ein Glodenspiel, zwei Pakete Epiken, eine Kiste Zigaretten, eine Pelzboa, eine Holzliste mit Eau de Cologne, ein Paket mit Messerblättern, eine Handtasche mit Inhalt und ein Paket mit Taschentüchern. Ein Fabrikant aber hat am Heiligabend sogar — 263 M. in Rollen liegen lassen; doch scheint ihn das wenig zu bekümmern, denn bis heute hat er diese verhältnißmäßig bedeutende Summe, die man doch gerade zu den Feiertagen recht gut brauchen konnte, noch nicht rückerlangt.

Ueber die Androhung der Kontrollen auf der Großen Berliner berichtet eine Korrespondenz: Eine höfliche Neujahrs-Ueberreichung ist den Kontrollanten der großen Berliner Straßenbahn zu Theil geworden. Schon vor einiger Zeit wurde diesen Beamten eine Erleichterung ihres Dienstes mit Bewilligung von freien Tagen angekündigt. In welcher Weise nun die Erleichterung durchgeführt ist, zeigt die Thatsache, daß den Kontrollanten jetzt eine tägliche Dienstzeit von 13—15 Stunden gegen 12—14 Stunden in früherer Zeit zuzurechnen ist. Während jedoch die Beamten bisher eine kräftige, Mittags- resp. Abendpause machen durften, sind ihnen diese jetzt entzogen und die Bestimmungen bezüglich der vorzunehmenden Kontrolle derartig getroffen, daß den Kontrollanten selbst

eine etwa notwendig gewordene Dienstunterbrechung unmöglich gemacht wird. Als Entschädigung für diese Maßnahmen erhalten die Beamten monatlich zwei freie Tage.

Pollzeistur und Palästina-Reise. Pollzeistlich verboten wurde dem Berliner Komiker und Improvisator Otto Reuter, der zur Zeit im Reichstheater-Theater in Köln auftritt, der Vortrag eines Skulptels über die Palästina-Reise des Kaisers. Das Verbot erfolgte, wie es in der pollzeistlichen Verfügung heißt, „aus sittlichen Gründen“, mit der Motivierung, der Gegenstand dürfe überhaupt nicht in einem Skulptel behandelt werden!

Der seit dem 30. Dezember bernichte Prof. Otto Harnack war, wie jetzt bekannt wird, durch vieles Arbeiten etwas nervös geworden. Er hat sich Abends 11 Uhr von seinen Begleitern am Potsdamer Platz getrennt, um auf dem Wege durch den Thiergarten seine Wohnung in Charlottenburg aufzusuchen. Aus bestimmten Bemerkungen des Professors nehmen jetzt seine Angehörigen und Freunde an, daß er, einer plötzlichen Eingebung folgend, nach dem Süden, nach München oder Rom, wo er sich früher schon längere Zeit aufgehalten hat, abgereist sein kann. Die örtlichen Nachforschungen nach ihm sind hier ohne Erfolg geblieben. Der Thiergarten ist mehrere Male genau durchsucht, alle Gräben und Seen, sowie der Kanal sind von Schiffen genau abgesehen worden. Auch die Nachforschungen in Krankenhäusern und Heilstätten haben kein Ergebnis gehabt. In Darmstadt, seinem ständigen Wohnort, ist Prof. Harnack nicht eingetroffen. — Der Polizeipräsident setzt für denjenigen, der über den Verbleib des Prof. Harnack sichere Auskunft giebt, eine Belohnung von 500 M. aus. Ein Lokalblatt will wissen, daß Herr Harnack bereits wieder zu den Seinen zurückgekehrt ist.

Die Berliner Unfallstationen sind im Monat Dezember v. J. in 2900 Fällen gegen 1998 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen worden und zwar für 208 Personen außerhalb der Station. Insgesamt haben im vergangenen Jahre 30 047 Personen in den Unfallstationen erste ärztliche Hilfe erhalten, während mit den Krankenträgern der Unfallstationen in derselben Zeit 1858 Transporte ausgeführt wurden, die bekanntlich, abgesehen von Angehörigen der Krankenkassen, unentgeltlich gewährt werden. — Von der seit einigen Monaten getroffenen Einrichtung der unentgeltlichen Eisabgabe bei Krankheitsfällen wird in steigendem Maße Gebrauch gemacht.

Ein großer Butterdiebstahl ist von einer schwarzen Bande, welcher die Kaufleute Franz Wille, Oepplerstr. 2, später Landbergerstraße 105, Wiedenhausen, Kronstr. 8, Effner, Thaefer, 14, Walchowitz, Weber und der Fleißende Plegner angehörten, längere Zeit schwingend betrieben worden. Namentlich die beiden erstgenannten haben es verstanden, viele Butterproduzenten durch Bestechung zu Bestrafungen „hineinzulegen“. In dieser Sache richtet jetzt der Untersuchungsrichter beim königl. Landgericht I Berlin an diejenigen Geschäftsfirmen und Produzenten, welche durch die schwarze Bande geschädigt worden sind, die Aufforderung, schleunigst ihr Material zur Aufdeckung der verübten Thatereien beim königl. Landgericht I Berlin, Alt-Moabit 11, Zimmer 181, einzureichen.

Frau Dr. Friedmann, die neuerdings in München ihre zweifelhaften Klünste zum Besten gab, ist von der dortigen Polizei nach Berlin abgehoben worden. In München brüllte sie, wie Herr Sigl's „Vaterland“ meldet, hauptsächlich in der Kunst, unmenschliche Quantitäten Champagner zu vertilgen, wenn sich „eine Burg“ fand, die ihn zahlte.

Die beiden Männer, die den Werkmeister Gaseloff in der Zegerstraße erstochen haben, waren bis gestern Mittag noch nicht ergriffen worden. Die zuerst verdächtig erschienenen Personen sind als an der Mordthat unbetheiligt wieder entlassen worden, dagegen sind andere Männer, die durch Aeußerungen sich verdächtig haben und vielleicht die beiden Thäter kennen, in Haft genommen worden. Die Angabe, daß auf dem Grundstück eine sogenannte Köpferleiter gefunden worden sei, die nicht auf das Grundstück gehört und deren Eigentümer nicht ermittelt sei, bestätigt sich nicht. Der Eigentümer der zum Einbruch benutzten eisernen Spantleiste, die wahrscheinlich irgendwo gestohlen worden ist, hat sich auch noch nicht gemeldet. Der Gummifisch, der ebenfalls am Thatort gefunden worden ist, muß nach den Fußspuren einem der Thäter gehört haben.

Der erste elektrische Omnibus soll im Februar in Betrieb gestellt werden. Die Firma Thyen läßt derartige Wagen bei einer rheinischen Fabrik herstellen.

Auf eigenartige Weise verunglückte gestern Nachmittag in der Schlei- und Polstr. von Kunze, Waldemarstr. 29, der Arbeiter Eduard. Er war an einem großen, durch Dampfkraft betriebenen Schiffsstein beschäftigt. Durch eine bis jetzt noch nicht ermittelte Ursache geriet plötzlich der gewaltige Stein und ein Stück des selben traf den Arbeiter mit solcher Wucht gegen den Kopf, daß er auf der Stelle benimmungslos zusammenbrach. Man schaffte den Bedauernswerthen, der einen Schädelbruch erlitten hatte, zunächst auf die Unfallstation am Mariannen-Ufer, wo ihm die erste Hilfe erwiesen wurde.

Eine aufregende Szene gab es, wie nachträglich bekannt wird, im Schuljahr-Ausgang in der Neuen Jakobstr. 24/25. Am Abend des Neujahrstages füllten zahlreiche Gäste, durchweg Familien der Luisenstadt, die Räume. Gegen 9 1/2 Uhr hatte der 30 Jahre alte Keller Otto Wabbe aus der Großen Frankfurterstraße 127, der in dem Ausgange beschäftigt und allen Gästen bekannt war, einem Gaste Bier gebracht und unterhielt sich mit ihm am Tische stehend. Plötzlich brach er zusammen und lag benutzlos am Boden. Kollegen und Gäste nahmen sich des Kranken an und beteteten ihn im Komptoir. Zwei Ärzte wurden herbeigeholt. Sie konnten aber den Kranken nicht mehr retten; er starb ihnen unter den Händen wahrscheinlich an Herzschlag. Alle Gäste waren von dem plötzlichen Todesfalle tief ergriffen, und mit der fröhlichen Neujahrstimmung war es vorbei.

Zwei 100-Marksteine hat der Briefträger der Badefabrik-Gesellschaft Herr Arlt, wohnhaft Brandenburgstr. 33, bei einem Besuche am 2. Januar Vormittags verloren. Er glaubt, daß ihm die Steine entweder in den Häusern Brandenburgstraße von 48 bis 50, oder in der Mattheustraße von Nr. 1 bis 9 abhanden gekommen sind. Der mittellose Briefträger, der seiner Gesellschaft gegenüber für den Verlust aufkommen muß, bittet den Finder herzlich, ihm das verlorene Geld gegen gute Belohnung wieder zuzustellen.

Unser Pollzeistlich wird gemeldet: Der Arbeiter Ober aus der Schweinmünderstraße hatte seinen Haus Schlüssel vergessen. Um in seine Wohnung zu gelangen, rief er durch den Feuermelder die Feuerwehre herbei, die ihm beim Erscheinen auch sein Haus öffnete. — Damit dürfte die Sache für den schlauen Ober wohl kaum abgethan sein.

In der Eyres ertrunken ist vorgestern Nachmittag ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Todte ist etwa 50 bis 55 Jahre alt und 1,65 Meter groß. Er hat graues Haar und einen grauen Nackenbart und Schmirbart und eine unterlegte Gestalt. Bekleidet war er mit einem braunen Winterüberzieher, einer braunen Trilochade, einer braunen, schwarzgestreiften Hose, einer schwarzen Weste, einem braunen wollenen Halbtuch, einem schwarzen feinen Fäzhat und Gummizugstiefeln.

Unfälle im Straßenverkehr. An der Ecke der Charlotten- und Französischen Straße wurde vorgestern Nachmittag der 62 Jahre alte Dienstmann Heinrich Deigler durch eine Anzeiger-Droschke überfahren und innerlich schwer verletzt. — Am Jirius Busch geriet der 70 Jahre alte schäbige Wächter Karl Schulz unter die Räder eines Wagens und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. — Auf dem durch den Schneefall schlüpfrigen Pflaster stürzten die Arbeiter Titus Gzochonska und Robert Gonda hin und erlitten schwere Verdränge.

In einer Glühkohlenfabrik am Elisabethufer wurden vorgestern die mit dem Herstellen von Glühkohle betrauten Arbeiter Karl Plegel und Karl Thom infolge von Vergiftung mit Kohlenstaub bestimmungslos aufgefunden. Dieselben sind bereits außer Lebensgefahr; der Ofen ist mit Holzlästern mit Koks angeheizt und dadurch die Ausströmung des Gases veranlaßt worden.

Auf dem Neujahrswunsch wurde am Sonntag Nachmittag der Student Friedrich Niska aus der Saarbrückerstr. 30 vom Tode ereilt. Vor dem Hause Köpcke Nr. 119 schlug er hin und zog sich eine so schwere Kopfverletzung zu, daß er bereits auf dem Wege zum Stantenhause starb.

Der Anschläger Otto Schöfing, Reichenbergerstr. 145/46 theilt uns mit, daß er mit dem festgenommenen Automatenlieb gleichen Namens nicht identisch ist.

In dem Kunstsalon Ribera, Potsdamerstr. 20, wird nächster Tage eine Sonderausstellung von Werken des als Schildder des Berliner Lebens bekannt gewordenen Malers Hans Baluschek eröffnet; verbunden ist damit eine Ausstellung von Arbeiten von Theodor Hagen, Chr. Wölffs, A. Vamm, Franz Storman, Oscar Galla, Hans Magnusen, Fritz Oberbeck und Heinrich Vogeler. Für Mitglieder der Freien Gesellschaft ist an den drei Sonntagen, den 15., 22. und 29. Januar, das Eintrittsgeld für diese Ausstellung auf 20 Pf. ermäßigt. Als Legitimation an der Kasse gilt die Mitgliedskarte.

Ein recht umfangreiches Programm hat das Apollo-Theater sich für diesen Monat zugelegt. Manches Bekannte ist zwar darunter, aber dies ist vielfach auch von einem durch Tradition geheiligten Werth. Wir nennen da Herrn Bender, der heute, wie vor Jahren die Berliner durch seine Schläger animirt. Der gestern präparirte Saitz, der bald durch alle Gassen schallen wird, führt den zauberhaften Refrain „Ist denn kein Stuhl da für meine Hulda?“ Ferner mißhen sich die Vorträge wie ehedem mit redlichem Eifer. Es hopert allerdings ein wenig mit den deutschen „Chansonnettenfängerinnen“, wie ja wohl der Fachausschuss für diese Frauengattung lautet, aber das ist ein Nationalübel, das ja in diesem Jahre nicht zum ersten Male beklagt worden ist. Sehr interessant ist ein Fräulein Karola als ambulante Juwelier-Laden. Auch singt diese Dame. Eine Equipage, selbst für solche Leute, die kein Französisch verstanden, war alle. Alban-Debränge, die ihre Neben, anmuthigen Schmelzen mit jener schelmischen Grazie vortrug, in der die Französinen von jeher unerreicht waren. Ein Längsreihenpaar von ganz erhaunlicher Gewandtheit sind die Geschwister Maria. Ausgezeichnet in ihrer Art leisten die Kopf-Equilibristen Gebr. Braag, sowie die Medaillen-Parrere und Jules; auf dem Gebiete der Hunderestrie führt Herr Schernoff bisher wohl kaum gelehene Kunststücke vor. Von vornehmer Anmuth sind die farbenprächtigen Vorstellungen der Serpentin tänzerin La Joh.

Theater. Im Schiller-Theater beginnt Sonnabend die Ausgabe neuer Abonnementshefte für das 3. Quartal. Die Abonnementshefte enthalten 6 Günstlingskarten für 6 verschiedene Vorstellungen. Die nächsten Aufführungen von „Geheim der Hauptmann's Traumbildung „Donner's Himmelsfahrt“ in Besetzung mit Oscar Blumenthal, Ludwig „Am Seid“ Anden Freitag und Sonnabend statt. Der nächste Liedabend im Bürgerloose des Rathhauses am Sonntag, den 8. Januar, wird Heinrich August Wasthner, dem Komponisten der Opern „Das Dingel“, „Der Kämpfer“ und „Tempel und Albin“ gewidmet sein. — Die Kunst-Schaubühne (Direktion: Dr. Kopp und Dr. Stübner) veranstaltet heute Abend 8 Uhr im wissenschaftlichen Theater der alten Urania, Zwickauerstr. 57, eine Premiere: „Die ewige Stadt“, mittelste Streifung durch die Kunststücke des alten und neuen Rom, von Dr. jur. H. Strebe. Billette zu dieser Projektionsvorstellung sind im Vorverkauf nur beim Kassellan der alten Urania zu haben. (Siehe Inserat.)

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden auf die heute stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins aufmerksam gemacht. Keine Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Der Charlottenburger Etat. Mit einem Neumillionen-Etat wird die Stadt Charlottenburg im Jahre 1899/1900 wirtschaften. Der vom Magistrat für das kommende Rechnungsjahr aufgestellte Stadthaushaltsplan soll, wie die „Charl. Wirt.“ mittheilt, im Ordinarium mit 9 166 000 M. in Einnahme und Ausgabe abschließen. Demnach würde gegen das laufende Jahr, das mit 7 571 500 M. in Einnahme und Ausgabe abschloß, der Stadthaushalt um nicht weniger als 1,6 Millionen Mark, gegen 1897/98 um 2,5 Millionen Mark und gegen 1896/97 um 2,7 Millionen Mark gestiegen sein. Auf Grund der Steuerergebnisse der letzten drei Jahre dürfte er die nächstjährigen Einnahmen aus den Gemeindefeuern auf 6 582 700 M. veranschlagen; das kommt einem Mehr von rund 1 Mill. Mark gegen das laufende Jahr und von 1,8 Mill. Mark gegen das Jahr 1897/98 gleich. Mindereträge für 1899/1900 nimmt der Magistrat nur in den Etats der Straßenbauverwaltung und der Verwaltung der Liegenschaften an. Auf bedeutende Mehreinnahmen hofft der Magistrat aus den Etats der Allgemeinen Verwaltung, der Schulverwaltung (gegen das Jahr 1898/99 ein Plus von 208 511 M., d. i. 100 pCt.) und der Verwaltung der Kapitalfonds. Die fortdauernden Ausgaben berechnet der Magistrat auf 8 185 571 M. (+ 1 490 025 M. gegen 1898/99), die einmaligen auf 860 129 M. (+ 103 874 M.). An den Ausgaben nehmen theil in erster Linie die Straßenbau-Verwaltung mit 1 083 240 M., die Schulverwaltung mit 288 866 M., die Allgemeine Verwaltung mit 1 912 170 M. und die Armenverwaltung mit 708 285 M. — Hundert Prozent Zuschlag zu den Staatseinkommensteuern hat der Charlottenburger Magistrat als ä d i t i v e E i n k o m m e n s t e u e r für das kommende Rechnungsjahr angelegt. Gegenwärtig beträgt der Zuschlag nur 97 pCt. und es ist nach den Vorgängen bei den letzten zwei Etatsberatungen vielleicht anzunehmen, daß die Stadtverordneten es auch diesmal bei dem alten Satze belassen werden.

Der Mörder Wisse, welcher durch sein umfassendes Geschäft dem Untersuchungsrichter Dr. Friedberg die Arbeit sehr erleichtert hat, ist nunmehr in einer der Mörderzellen des Untersuchungsgefängnisses untergebracht worden.

Schöneberg. Einen erfreulichen, dem Bildungsbedürfnis der Arbeiter mehr Rechnung tragenden Schritt haben die Schöneberger Parteigenossen in ihrer vorgestrigen Vereinsversammlung unternommen. Ausgehend von dem Gedanken, daß es dem einzelnen Arbeiter bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen zur Unmöglichkeit wird, außer der Tageszeitung noch andere ihm zuzugende Lektüre zu halten, ist vom Verein die Errichtung eines jederzeit zu benutzenden Lesezimmers beschloffen worden. Neben der Auslegung größerer sozialdemokratischer Tagesblätter und Zeitschriften, wie „Neue Zeit“, „Sozialistische Monatshefte“, „Soziale Praxis“, „Gleichheit“ plant man die Auslegung sämtlicher Gewerkschaftsblätter. Dadurch ist jedem die Möglichkeit gegeben, sich sowohl über die politische als auch über die wirtschaftliche Situation zu orientiren. Auch für den mehr fortgeschrittenen Parteigenossen hat diese Einrichtung sehr viel Gutes, indem er bei den jetzt so häufig geflegten Erörterungen über Politik, Prinzip und Endziel der Partei die in den verschiedenen Parteiblättern ausgesprochenen Anschauungen übersichtlich zur Hand hat. Die ziemlich reichhaltige Bibliothek wird jeden Montag geöffnet. Sollte sich diese Einrichtung, woran nicht zu zweifeln ist, bewähren, so will man zur Errichtung einer Kunststufstelle übergehen. Diese Kunststufstelle, welche im Verein mit dem Lesezimmer im Vereinslokale errichtet wird, soll eine Zentrale für die Arbeiter Schönebergs bilden. Auch soll hier über alle im praktischen Leben vorkommende Fragen Auskunft erteilt werden. Mögen diese Bemerkungen, die von der Regsamkeit der Schöneberger Parteigenossen das beste Zeugnis ablegen, gute Früchte tragen.

Der Magistratsbeamte Georg Zahn aus Schöneberg hatte in der Nacht zum 6. August eine Radfahrerin angerempelt und einen

Mann aus der Begleitung dieser Dame mit einem Gummischläuch über den Kopf geschlagen. Für diese That erhielt der Kaufmann vom Schöffengericht 4 Monate Gefängnis. Die Berufungskammer bestätigte gestern diese Strafe.

Selbstmord aus Noth. Der am Neujahrsmorgen in Schöneberg überfahren und sofort getödtete Mann war, wie jetzt festgestellt worden ist, ein Drehschloßmacher, der mit einer Familie von nicht weniger als elf Kindern in der Koburgerstraße zu Schöneberg in kümmerlichsten Verhältnissen lebte und aus Verzweiflung hierüber sich selbst das Leben genommen hat.

Der neue Siedringbahnhof Niddorf-Bermannstraße, dessen Eröffnung für den 1. Januar vorausgesehen war, konnte noch nicht dem Betrieb übergeben werden. Womöglich die Halle wie auch die Bahnhofsgebäude bereits fertiggestellt sind, so verursacht doch immerhin die Einrichtung der Dienstgebäude einige Schwierigkeiten. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen der neuen Station sind noch nicht fertiggestellt. Der Bahnhof wird nun voraussichtlich erst mit Beginn des Sommerfahrplanes in den öffentlichen Verkehr eingereiht.

„Am eine Hand voll Staub“ wurde Montag Vormittag in Niddorf eine Bluthat verübt. Vor einem Neubau in der Wulfsauer Chaussee war eine Ladung sogenannten Mauerlandes aufgeschüttet worden. Der die Chaussee passierende Währiger Gürtler A. griff, als er an dem Sandhaufen vorbeiging, mit der rechten Hand in diesen hinein, um gedankenlos spielend den Sand beim Weitergehen langsam fallen zu lassen. Diese Szene war von dem auf dem Bau beschäftigten Arbeiter A. beobachtet worden, der durch den „Diebstahl“ erregt dem ahnungslos Weitergehenden nacheilte und ihm hintertrück mit der scharfen Kante eines eisernen Spatens einen wuchtigen Hieb über den Kopf versetzte. Der Getroffene brach auf der Stelle bestunmungslos zusammen. Er hatte eine schwere Schädelverletzung erlitten und mußte nach einem Berliner Krankenhaus gebracht werden. Der Zustand des A., dem die Wunde des Hinterkopfes eingedrückt, ist nicht unbedenklich. A. wurde noch vormittags in Haft genommen.

Aus Pantow wird uns berichtet: Auch in unserem nördlichen Vorort sind die Handarbeiter gleich ihren Kollegen im Westen bemüht, durch unbedingte Mietsteigerungen ihre Entbehrungsrenten zu erhöhen. Seitdem wir in unserm Güterbahnhofe Pantow-Schönhausen den größten Umlade-Bahnhof Deutschlands erhalten haben, sind hunderte von Beamtenfamilien nach Pantow verzogen worden, und dies hatte für die Hauswirthe am Ort die Folge, daß sie sämtliche Wohnungen in den Hüllweise hohl von Schwamm zerfressenen Häusern der Flora- und Vermittrische vermietet konnten. In den letzten zwei Jahren stiegen die Mietpreise um 25 bis 40 pCt. in die Höhe, und damit nicht genug wird auch jetzt wieder gesteigert. Es soll zwar die Absicht bestehen, für die Wohnbebauung eine Reihe Beamtenhäuser zu bauen, doch aller Voraussicht nach wird es bei der „Absicht“ bleiben. Vorläufig herrscht hier eine krasse Wohnungsalamittel, die von häuwerkbesitzenden Bauern und Privatgentilsherrn mit einem Raffinement sondergleichen ausgenutzt wird.

Im großen Militärwaisenhaus in Potsdam herrscht schon seit längerer Zeit die Masern- und Scharlachepidemie. Aus diesem Grunde ist auch vorläufigerhand von Weihnachten kein Zögling beurlaubt worden.

Die Parteigenossen in Adlershof, welche in dem bekannten Illuminationsprozeß von der Verurteilung freigesprochen wurden, haben ein eigentliches Neujahrsgeschenk erhalten. Ihnen ist nämlich, da der Staatsanwalt Revision eingelegt hat, die 40 M. in starke Urtheilsbegrenzung zugeschieden worden.

Tapfere Mannesfeulen. Wir berichteten dieser Tage, daß der Kriegsinhaber mit einem Hundschreiben gegen den „Leipziger Veteranen-Verband“ zu Felde gezogen sei. Obgleich nun von der Verbandsleitung mit den bewährtesten Worten der „patriotische, monarchische und sozialistenfeindliche“ Standpunkt des „Veteranen-Verbandes“ betont wird, so hat das Vorgehen des Kriegsinhabers bereits die erwartete Wirkung gehabt: die Verbandsmitglieder fügen sich. Die Spandauer Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Kriegs-Veteranen macht durch Inserat in Spandauer Zeitungen bekannt, daß sie aus dem Verbände ausscheidet und „fortan den Namen Kriegs-Veteranen-Verein“ führe.

Ein rohes Vubenstück wurde am Neujahrstage in der Körnerstraße zu Spandau verübt. Als am Abend ein junges Ehepaar diese Straße passierte, bemerkte der Mann, der Ducauvorsteher A. eine runde Viechbüchse in Gestalt eines kleinen Lampchens auf dem Damm liegend, aus welcher ein brennender Docht hervorragte. Die Frau hob diesen Gegenstand auf; im selben Augenblick wurde ihr von einer bisher unbekannt gebliebenen Person zugerufen: „Sie, lassen Sie das stehen!“ Frau A. stellte denn auch die Büchse behutsam hin; in der nächsten Sekunde erschütterte aber ein heftiger Knall die nächste Umgebung, und Theile der Viechbüchse wurden bis 300 Schritt weit fortgeschleudert. Frau A., die sich in geeigneten Umständen befindet, wurde vor Schreck ohnmächtig; der rohe Scherz dürfte leicht böse Folgen für sie haben.

Mietsteigerungen überall! Eine allgemeine Steigerung der Mietpreise ist zu Neujahr auch in Spandau erfolgt; es ist, wie ein dortiges Blatt meldet, davon wohl kein Haus verschont geblieben. — An den Folgen des Jahuziehens hat in Spandau ein junges Mädchen seinen Tod gefunden. Die 14-jährige Kottelwitz, Lynarstraße wohnhaft, der ein Jahr gezogen worden war, hatte danach sehr starke Blutung, die mittels eines mit einer Flüssigkeit getränkten Wattenspragens gestillt wurde. Bald nagte das Mädchen über Kopfsschmerzen und gleich darauf erfolgte, nachdem es etwas dagegen eingenommen, Erbrechen. Wenige Stunden später verstarb das Mädchen unter Anzeichen der Vergiftung. Die Leiche ist beschlagnahmt, um obduzirt zu werden; man vermuthet, daß eines der angewendeten Mittel giftig gewesen ist.

Eine Pulverfabrik wird von der Firma Ludwig Löwe gegenwärtig in der Nähe von Köhlhagenbrack an der Potsdamer Bahn errichtet. Die alte Gartenwirtschaft „Die Eule“ genannt, ist mit dem umliegenden Gelände zu diesem Zweck angekauft und mit der Abholzung des angrenzenden Waldes ist schon in ausgedehntem Maße begonnen worden. Am Rande der Wälder, die das Terrain durchschneidet, erhebt sich bereits die Umwallung für den ersten Pulverbunker, dem noch drei oder vier andere folgen werden.

Aus Pöhlensee. Eine neue Verhaftung erfolgte am 30. Dezember v. J. in der Gefangenenanstalt Pöhlensee. Der dort angestellte Gefangenenaufscher Freitag wurde wegen gleicher Vergehen wie seine bereits abgeurtheilten Dienstkollegen in Haft genommen. Da gegen ihn nur wenige Beweise vorliegen, in denen er sich Durchstechereien mit Gefangenen schuldig gemacht hat, so hat sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wehnerstein, Schritte gethan, um die Haftentlassung Freitag's zu erwirken.

Im Kreise Haveland ist eine lebhafte Bewegung eingeleitet zur Begründung eines Vereins zur Wahrnehmung der Interessen der Stadt Spandau und des Havelandes bei den gegenwärtig schwebenden Projekten zur Schaffung besserer Schiffsfahrwege. Es handelt sich dabei nicht nur um den Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanal, sondern auch um die schon häufiger erörterte Frage der Anlage eines Schiffsfahrweges von der Havel bis zur Elbe (Haveland-Kanal), der zugleich zur Entwässerung des weit ausgedehnten Haveländischen Luchs dienen soll.

Vermischtes.

Die neuen 100- und 1000-Markscheine sind jetzt von den amtlichen Stellen bei der Neujahr's-Geldausgabe und Pensionsauszahlung dem Verkehr übergeben worden. Die neuen Scheine haben dieselbe Größe wie die alten, auch ist der Druck genau derselbe geblieben. Während jedoch bei den alten Scheinen der Faserstreifen sich auf der

rechten Seite in einer Breite von etwa 3/8 Zentimeter befindet, bei den neuen Scheinen die ganze linke Hälfte mit den Fasern versehen, und zwar bei den 100-Markscheinen auf rothem, bei 1000-Markscheinen auf grünem Untergrunde. Die 100-Mark sind also roth-blau, die 1000-Markscheine grün-braun. Die Banknoten haben auch noch ein drittes Wasserzeichen links von der rechten oberen Ecke angebrachten rothen Rundstempel Reichsbankdirektoriums. Sämtliche neuen Scheine sind „Bo.“ den 1. Juli 1898 gezeichnet. — So berichtet die „Wirt.“, U. ist zu unserem Bedauern noch kein Exemplar der neuen Scheine in die Hände gekommen.

Gabelberger. Heute, am 4. Januar, sind es 50 Jahre her, daß ein Meister der deutschen Stenographie, Franz Kasper Gabelberger, gestorben ist. Gabelberger war der Erfinder des nach ihm benannten Systems, das namentlich in Süddeutschland weite Verbreitung gefunden hat.

In Hamburg ist eine Kalligraphenbande entstanden worden. Auf die Anfrage eines Fabrikarbeiters über die Herstellung von falschen Geldstücken nahm die Polizei in einem Hause der Seilerstraße eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher sie Formen zur Anfertigung von falschen Zwanzigpfennigstücken vom Jahre 1888, sowie verschiedene Ziegel und sonstige zur Fälschung dienende Geräte und eine Anzahl fertiger falscher Zwanzigpfennigstücke vorfand. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und die beiden Inhaber der betreffenden Wohnung verhaftet. Es sind dies ein Kommis, welcher wegen Körperverletzung verurtheilt ist und ein Buchbinder, der wegen schwerer Diebstahls eine Vorstrafe erlitten hat. Beide sind Schulfreunde und behaupten, vor etwa 8 Wochen hier in der „Concordia“ wieder zusammengetroffen zu sein; sie haben bereits das Geldstück abgelegt, die Zwanzigpfennigstücke angefertigt zu haben, besuchten aber, sie in Verkehr gesetzt zu haben.

Cyber der See. Nach den vom „Bureau Veritas“ zu Hamburg veröffentlichten statistischen Listen sind im Monat November vorigen Jahres 196 Schiffe verloren gegangen und zwar 145 Segelschiffe mit 47 410 Registertons und 51 Dampfer mit 39 386 Registertons. Unter den Segelschiffen befanden sich 10 deutsche mit 2857 Registertons. Außerdem weist die Liste noch eine Anzahl Schiffe auf, die durch Gaborien u. s. w. Beschädigungen erlitten haben; darunter befinden sich auch noch mehrere deutsche.

Unwetter in Frankreich. In Gahre, Vrest, Angers, Wödeaur, Paris, Clermont-Ferrand wüthete am Montag heftiger Sturm. Der Schaden ist bedeutend. Der Dampfer „Angers“ scheiterte, wie aus Dieppe berichtet wird, am Witternacht an der Mose. Der Kapitän und 14 Mann, welche sich auf die äußerste Spitze der Mole geschloßen hatten, wurden um 7 Uhr früh gerettet. Ein Mann der Besatzung ist an Entkräftung gestorben. In dem Maschinenraume wurden 4 Ertrunkene aufgefunden. — Aus Düren meldet der Telegraph: In einem heftigen Sturme erlitt ein deutscher Dreimaster auf der hiesigen Rheide Schiffbruch. Die Mannschaft wurde von einem Rettungsboot geborgen, dessen Besatzung bei den Rettungsarbeiten 8 Stunden im Wasser zubrachte.

Der Glaubenseifer unserer Frommen ist unwandelbar unter der jüdischen Führung, die man ihm von Oben herab angebliesen läßt, von einer Abgesamtheit in die andere. Jetzt ist er glücklich dahin gekommen, den „Anderenläubigen“ im bürgerlichen Beruf den Vortritt höher zu lassen, fast ganz so wie es die Zuchtshaus-Schwärmer im Unternehmertum mit politisch oder gewerkschaftlich misstrebigen Arbeitern machen. In Altenburg hat man für den Bau einer Kirche nämlich einen Wettbewerbs angegeschrieben, an dem sich aber nur „deutsche evangelische“ Architekten betheiligen dürfen. Mit Recht fragt ein Fachblatt, ob denn der evangelische Geistliche auch sicher sei, daß der Wein, der bei kirchlichen Handlungen gebraucht werde, nicht auf einem katholischen Grundstück gewachsen sei.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die Vorstandsmittglieder werden ersucht, zu der heute Abend 9 Uhr bei Franz Kleinert, Müllerstraße 7a stattfindenden Vorstandssitzung pünktlich zu erscheinen. J. A.: Max Kiehl.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

M. S. 35. Das zwanzigste Jahrhundert beginnt am 1. Januar 1901, andere Angaben sind — Irrthum.

Freiwiliger. Wenden Sie sich an einen Arzt.

N. S. 17. Das erfahren Sie im Generalkonsulatsbureau, Annenstr. 16.

Nach A. Wegen postlagernde Einleitung von 350 M. verpfordern Sie und einen Artikel über den hohen Adel der Monarchie. So viel Werth hat der Adel der Monarchie für uns nicht. Wenden Sie sich mit Ihrem Angebot an die „Kron-Zeitung“ oder das „Kleine Journal“.

Witterungsbericht vom 3. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0. 6. 12. 18. 24. 30.	Stationen	Barometer stand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0. 6. 12. 18. 24. 30.
-----------	--------------------------	--------------	------------	--------	-----------------------------------	-----------	--------------------------	--------------	------------	--------	-----------------------------------

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 4. Januar 1899. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Unserm Bodentrüber **Franz Stöckel** zu seinem heutigen Biestagsfest ein dreimal fröhliches Glück auf! 32465

Verein dieke Wade. O. M. E. W. A. B. M. K. C. K. (Nanz sah stehen!)

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige. Am Montag, den 2. Januar, verschied nach langen, schweren Leiden, unser Parteigenosse, der Gutwächter **Hugo Schmidt** im 50. Lebensjahre. Seine letzten Wünsche. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Berlin-Schöneberg aus statt. 245/1 Der Vorstand.

Am 2. d. M. starb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, früherer Schwammwirth **Richard Stöpel** im 55. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld, Poppel-Allee, aus statt.

Richard Stöpel im 55. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld, Poppel-Allee, aus statt.

Richard Stöpel im 55. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld, Poppel-Allee, aus statt.

Richard Stöpel im 55. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld, Poppel-Allee, aus statt.

Richard Stöpel im 55. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld, Poppel-Allee, aus statt.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter (Mittelstadt Berlin).

Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 1. Januar, verschied unser Mitglied, der Silberarbeiter **Georg Memmert** im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt. Um rege Theilnahme bittet 70/1 Die Ortsverwaltung.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

Georg Memmert im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenriedhofes in Friedrichsfeld aus statt.

In den Inhalt der Inserate
nimmt die Redaktion dem
Erstmal gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 4. Januar.
Opernhaus. Die Stimme von
Portici. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Lustspiel-
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Büdmann Henschel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Beiräten. Anfang
7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erb. Anfang
7 1/2 Uhr.
Nacht. 2 1/2 Uhr: Das tapfere
Schneiderlein.
Reichens. Mauseule Louisa.
Sänger: Der Küchenjunge. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofkunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Heinen Michu's.
Sänger: Die Engelsjäger. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das vierte Gebot. Anfang
8 Uhr.
Weissen. André Chénier. Anfang
7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Und liebe Geld. Anfang
8 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang
7 1/2 Uhr.
Velle-Affiance. Sein Patent. An-
fang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang
8 Uhr.
Krieger. Wilhelmshildische.
Das selbste Häute oder: Sklaven-
leben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexandersplatz. Verlorene Mädchen.
Anfang 8 Uhr.
Parodie. Emma von Balkenstein.
Die eingenarrte Ranne. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49.
Kunstbühne. Anfang 8 Uhr.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Die Urzeit des
Menschen.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich
abends von 5-10 Uhr: Stern-
warte, Operntheater.
Hypothek. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Heinrich. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Passage-Panopticum. Spezial-
itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Mittwoch 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Donnerstag 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.
Freitag 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.
Sänger: Abn Seid.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Samstag 11. Ueber:
Witzliches Wasser! Witzliches Wasser!
Der Brandstifter
Sensationelles Kunststückenstück
mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern)
von G. Skonofsky. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.
Dienstag, Mittwoch und folgende
Tage: Der Brandstifter. — Sonntag
Nacht: Wilhelm Tell.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-
konzert.
Der Brandstifter ist wohl die
sensationsvollste Novität der ganzen
Saison und haben sämtliche Wieder-
holungen vor ausverkauften Häusern
stattgefunden. Der Sturm ins
Wasser, der explodierende Dampf-
kessel rufen jeden Abend Stürme und
großen Beifall hervor.

Insen-Theater

31. Reichendergerstrasse 31.
Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Um's liebe Geld.
Vollständigt mit Gesang
in vier Akten von Johannes Ehner.
Musik von F. Krause.
Morgen und folgende Tage:
Um's liebe Geld.
Jeden Sonnabend Nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen.

Central-Theater

Direktion: José Forency.
Nur noch 3 Vorstellungen.
Die Geisha
oder: Eine japanische Ehehand-
Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Sonnabend, den 7. Januar, zum
ersten Male: Die Puppe (La
Poupée). Operette in 3 Akten und einem
Prolog von Ordreman u. Sturge.
Musik von Ed. Andran.
Morgen und bis inkl. Freitag: Die
Geisha. — Sonntag Nachm. zu
keinen Preisen: Der Vogelhändler.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 57/58. Dir. Rich. Schultz.
Heute zum 10. Male:
Die Heinen Michu's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Sänger:
Die Engelsjäger.
Langpodium in 14 Bildern v. H. Regel
und J. Bayl.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen Freitag u. folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 7. Januar 1899:
Erster grosser
Metropol-Theater-Ball.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Reiseskizzen aus dem Orient.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Stündlich:
Krieger
des
Mahdi.
(Männer, Frauen
und Kinder.)
40 Leute vom
Sudan.
Heute 25 Pl. Entree.

Castan's Panopticum.

Die
SIOUX-
INDIANER
sind da!

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Mein Leopold.
Original - Volkstümlich mit Gesang in
3 Akten (6 Bildern)
v. Adolph Krenn. Musik v. R. Biel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus-Renz) Karlstr.
Heute Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
Besonders hervorzuheben:
Die Bärenjagd. Der Kampf mit
dem Riesendrachen. Der Hämpe-
männertag.
Die Bonbon-Kanone.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr: Zum 100. Male:
Mene Tekel.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hatt.
Täglich: Grosses Konzert
der Hauskapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen
Gustav Kluck.
Das vollständig neue Jahresprogramm.
Anf. Wochen 6 1/2 Uhr, Sonn. 5 Uhr.
Entree Wochen 10 Pf., Sonn. 20 Pf!

A. Frankl's

Théâtre Variété
Köllnischer Fischmarkt 6.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.
Aufstehen der russ. Jaskin
von Dragomann.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr

Reichshallen.

Stettiner Sänger
(Wohlfel.
Victor, Britton,
Steidl, Krone,
Döhl, Schneider
und Schrader.)
Zum Schluss:
Bepita vor Gericht.
Ensemble von Reisel.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M.
Orch.-Loge 1.50. Fremden-Loge 2 M.
Tageskasse von 11-1 Uhr.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich: Hoffmann's
Quartett-Humoristen
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr:
Lene
liebe Lene
ist im Druck erschienen.

Apollo-Theater.

Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia.
15 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Aleazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Täglich mit grossem Erfolg:
Höllengalen
oder
Der kalte Leichnam.
Schwan von Bernhard.
Zum Schluss, neu:
Zant-Zenfelchen!
Viederpiel von R. Lindner.
Musik von Golke.
Gesamt-Aufführen des
neu engagierten Schauspiel- und
Spezialitäten-Ensembles.
Anfang: Wochen 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.

Mähr's Theater

Cranichstr. 24.
Täglich:
Sportsmädel.
Wer zahlt den Punsch?
Sänger: Salori, vortz. Gesangsduett.
Hilf und Fuchs, Originalsänger. u.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr,
Sonntags 6 Uhr.
Hond haben Wochentags Gültigkeit.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Range
Täglich:
Grosse Gala-Spezialitäten- und
Theater-Vorstellung.
Novität! Durch die Blume. Grosse
Kuchentanz-Operette.
Unter Polizei-Aufsicht. Gesangs-
Rudi Saberto, phänomen. Jongleur.
Rudinis, Zauberparodisten.
Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.

Feen-Palast- Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das riesengrosse
Neujahrs-Programm.
Durchweg neu engagierte
Spezialitäten.
Neu! Um 8 1/2 Uhr: Neu!
Endlich zu Zweien.
Pöste mit Gesang
von Johannes Ehner.
Ottomar Lehmann Dir. Winkler
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 86-81.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Ensemble-Szenen-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Passé-partouts werden jetzt für
das ganze Jahr gültig vergeben.
Anfang: Wochentags 7 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.
Entree 50 Pf. C. Peters.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Mittwoch, den 4. Januar:
Grosser Beifall!
Alpen-Röschen.
München-Pöste mit Gesang in 3 Akten
von G. Linberger. Musik von Conradl.

Circus Busch

Mittwoch, den 4. Januar 1899:
Abends 7 1/2 Uhr:
Jubiläums-Vorstellung
50. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Ritt über
die hundert Fuss hohe Burgmauer.
Außerdem: 8 arab. Schimmelhengste,
dress. und vorgef. vom Dir. Busch.
Anf. d. Elite-Akrobaten Rolampagos.
Aufführen der beliebten Schilkestein-
Mama, Marie Doré. In der Tanz-
runde, gr. Quardrille. Klown Bog-
nowski als Rüdorfer. Hegerl - Klown
Alfred Daniels als Schnellphotograph.
Morgen 7 1/2 Uhr: Persien.

Achtung! Vereine.

Am 4. und 11. März ist ein
Saal frei im
Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c.

Die Lokalkommission bittet die Berliner Genossen und Vereine, beim
Besuche von Potsdam folgende Lokale zu beachten. Da auch jetzt die
Möglichkeit vorhanden ist, dass g. d. h. e. r. e. r. e. n. e. und Gesellschaften Auf-
nahme finden können, wolle man das hierzu geeignete Gartenlokal Vogt's
Blumengarten, Spandauerstrasse 33 (Sänger: J. Sahn) be-
suchen. Außerdem W. Glaser, Brandenburgische Kommunität Nr. 16,
und W. Fährlich in Neu-Dornim, Mitte-Str. 2,
259/1 Carl Brinkert, Geldstrasse 3.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 5. Januar 1899,
Abends 8 1/2 Uhr,
in Vohse's Restaurant, Annenstr. 16, 1 Tr. (Neues Schullokal):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der
Revisoren. 2. Schulangelegenheiten und Anträge. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegen-
genommen. Biletts zum Stiftungsfest am 21. Januar 1899 im
„Böhmischen Brauhaus“ worden ausgegeben. 5/16
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 5. Januar 1899, Abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstrasse Nr. 27c:
Oeffentliche Versammlung
aller in der Marmor-, Granit- und Sandstein-Industrie
beschäftigten Arbeiter Berlins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Ortsstatistikers und Rechnung. 2. Bericht des Gewerkschafts-
Delegierten. 3. Krankenunterstützung. 4. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 5. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 6. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 7. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 8. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 9. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 10. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 11. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 12. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 13. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 14. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 15. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 16. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 17. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 18. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 19. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 20. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 21. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 22. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 23. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 24. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 25. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 26. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 27. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 28. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 29. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 30. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 31. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 32. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 33. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 34. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 35. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 36. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 37. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 38. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 39. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 40. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 41. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 42. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 43. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 44. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 45. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 46. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 47. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 48. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 49. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 50. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 51. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 52. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 53. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 54. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 55. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 56. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 57. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 58. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 59. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 60. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 61. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 62. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 63. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 64. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 65. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 66. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 67. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 68. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 69. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 70. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 71. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 72. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 73. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 74. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 75. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 76. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 77. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 78. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 79. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 80. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 81. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 82. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 83. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 84. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 85. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 86. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 87. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 88. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 89. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 90. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 91. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 92. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 93. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 94. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 95. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 96. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 97. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 98. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 99. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 100. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 101. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 102. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 103. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 104. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 105. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 106. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 107. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 108. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 109. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 110. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 111. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 112. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 113. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 114. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 115. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 116. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 117. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 118. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 119. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 120. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 121. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 122. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 123. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 124. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 125. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 126. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 127. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 128. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 129. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 130. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 131. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 132. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 133. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 134. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 135. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 136. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 137. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 138. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 139. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 140. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 141. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 142. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 143. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 144. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 145. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 146. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 147. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 148. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 149. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 150. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 151. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 152. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 153. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 154. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 155. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 156. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 157. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 158. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 159. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 160. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 161. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 162. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 163. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 164. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 165. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 166. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 167. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 168. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 169. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 170. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 171. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 172. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 173. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 174. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 175. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 176. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 177. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 178. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 179. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 180. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 181. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 182. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 183. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 184. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 185. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 186. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 187. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 188. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 189. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 190. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 191. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 192. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 193. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 194. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 195. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 196. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 197. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 198. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 199. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 200. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 201. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 202. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 203. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 204. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 205. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 206. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 207. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 208. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 209. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 210. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 211. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 212. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 213. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 214. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 215. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 216. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 217. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 218. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 219. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 220. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 221. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 222. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 223. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 224. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 225. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 226. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 227. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 228. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 229. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 230. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 231. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 232. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 233. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 234. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 235. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 236. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 237. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 238. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 239. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 240. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 241. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 242. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 243. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 244. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 245. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 246. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 247. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 248. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 249. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 250. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 251. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 252. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 253. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 254. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 255. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 256. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 257. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 258. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 259. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 260. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 261. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 262. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 263. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 264. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 265. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 266. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 267. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 268. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 269. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 270. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 271. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 272. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 273. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 274. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 275. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 276. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 277. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 278. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 279. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 280. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 281. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 282. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 283. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 284. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 285. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 286. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 287. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 288. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 289. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 290. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 291. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 292. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 293. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 294. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 295. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 296. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 297. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 298. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 299. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 300. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 301. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 302. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 303. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 304. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 305. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 306. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 307. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 308. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 309. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 310. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 311. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 312. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 313. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 314. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 315. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 316. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 317. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 318. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 319. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 320. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 321. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 322. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 323. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 324. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 325. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 326. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 327. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 328. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 329. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 330. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 331. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 332. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 333. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 334. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 335. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 336. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 337. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 338. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 339. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 340. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 341. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 342. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 343. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 344. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 345. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 346. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 347. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 348. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 349. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 350. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 351. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 352. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 353. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 354. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 355. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 356. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 357. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 358. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 359. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 360. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 361. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 362. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 363. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 364. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 365. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 366. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 367. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 368. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 369. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 370. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 371. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 372. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 373. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 374. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 375. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 376. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 377. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 378. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 379. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 380. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 381. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 382. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 383. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 384. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 385. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 386. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 387. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 388. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 389. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 390. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 391. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 392. Der Wunsch der Arbeiter-Ver-
einigung. 393. Der Wunsch der